

Der Lübecker Volksbote erscheint am Samstag jedes Werktag. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augusthälfte 500000 M. freibleibend. Einzelverkaufpreis 40000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon 905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die acht-gestaltene Blattzeile oder deren Raum 130000 Mark, auswärtige 150000 Mark, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungs-anzeigen 110000 M., für Reklamen 520000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 201.

Mittwoch, 29. August 1923.

30. Jahrgang.

Deutschlands Verständigungswille.

Als der passive Widerstand zu Beginn des Frühjahrs seinen Höhepunkt erreicht hatte, im Saargebiet und im Pas de Calais die Bergarbeiter streikten, außerdem in Frankreich ein großer Teil der Hochöfen gelähmt und der Eisenbahnverkehr eingeschränkt werden mußte, forderte die Sozialdemokratie die Ausnutzung dieser psychologischen Gelegenheit durch eine aktive Außenpolitik. Die von Helfferich stark beeinflusste Regierung Luno lehnte das Verlangen nach einem weitgehenden Angebot ab und verhalf den Besatzungsmächten in ihrer Kurzsichtigkeit so zu jener Position, die sie heute im Ruhrgebiet einnehmen. Es wäre widersinnig und hätte das deutsche Volk betrügen, wollte man heute noch behaupten, daß Frankreich einen Teil dessen, was es erreichen wollte, nicht erreicht hätte. Unsere Reichsfinanzen und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse liefern keine angenehmen Beweise für die Auswirkungen der französischen Politik und mahnen, alles zu tun, um den Ruhrkonflikt zu einem Ende zu bringen, das für Deutschland erträglich ist.

Die Exekutive der Arbeiter-Internationale hat inzwischen den Weg zur Verständigung ebnen helfen. Auf eigene Rechnung entsandte sie auf mehrere Wochen ihren Sekretär, den Genossen Tom Shaw, in das Ruhrgebiet. Er sollte an Ort und Stelle Feststellungen über die Lage machen und gleichzeitig prüfen, welche Möglichkeiten es zur Beendigung des Konfliktes gibt. In dem von Tom Shaw gelieferten Bericht wird, soweit es sich um praktische Möglichkeiten zur Lösung des Ruhrkonfliktes handelt, das ausgesprochen, was zum Teil in großen deutschen Bevölkerungsschichten längst Gemeingut ist, jedoch aus Pflichtgefühl gegenüber dem Vaterlande nicht geäußert wurde. Es ist richtig, daß die Bevölkerung des Ruhrgebietes zu einem vernünftigen Kompromiß jederzeit bereit ist und sich ebenso wie die Bevölkerung des unbefetzten Gebietes damit abgefunden hat, daß die Besatzungsmächte ohne vorherige Regelung des Reparationsproblems das Ruhrgebiet nicht wieder verlassen werden. Es trifft außerdem zu, daß die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes nicht abgeneigt ist, den passiven Widerstand aufzugeben, sobald Frankreich sich durch eine Formulierung bereit erklärt, die Ausgewiesenen zurückzulassen und die Gesungenen freizulassen sowie allgemeine Sicherheiten für Leben und Existenz der Bevölkerung bietet. Am Dienstag wurde diese Auffassung erneut als die Meinung der Ruhrbevölkerung vor deren ordnungsmäßigen Vertretung, dem Abwehrausschuß der besetzten Gebiete, der sich aus allen Bevölkerungsschichten rekrutiert, in einer Sitzung beim Reichsminister bestätigt. Der Wille, das Beste, was menschenmöglich ist, zu tun, um den die Welt erschütternden Wirtschaftskrieg im Ruhrgebiet zu beenden, ist nicht aus der Auffassung geboren, daß wir sonst bald kapitulieren

müssen, sondern kann lediglich als neuer Beweis für den Verständigungswillen unserer Volksmehrheit gewertet werden. Schwierige Wirtschaftsverhältnisse bedingen wohl Einschränkungen, nicht aber ohne weiteres eine Kapitulation. Das sollte Herrn Poincaré gerade der Verlauf des Weltkrieges beweisen.

Durch die Stellungnahme des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale zum passiven Widerstand und durch die von uns hierzu eingenommene Haltung ist auch für die bisher noch einzige offene Frage, die ausschließlich eine Regelung nach dem Willen der Ruhrbevölkerung erfahren kann, eine Möglichkeit zur Lösung gezeigt. Was will Frankreich jetzt noch mehr, nachdem die deutsche Regierung und mit ihr die im Westen Deutschlands im Abwehrkampf stehende Bevölkerung ihre Karten vollkommen aufgedeckt haben? Wir wiederholen: In der Ruhr ist man zur Beendigung des passiven Widerstandes bereit, wenn der Bevölkerung für ihr ferneres Wohlergehen Zusicherungen gegeben werden und Frankreich Gewähr dafür leistet, daß die Produktion sofort in einem Rahmen wieder aufgenommen wird, der die zukünftige Lebensmöglichkeit aller im Ruhrgebiet ansässigen Volksgenossen sichert. Diese Gewähr erblickt die Arbeiterschaft vor allem in der Zurückführung der Ausgewiesenen und der Freilassung der Verhafteten. Werden diese Sicherheiten gegeben — und das kann in einer Form geschehen, die das französische Prestige wahr — dann steht dem Verzicht auf den passiven Widerstand nichts mehr im Wege, und dann sollte man annehmen, wäre selbst nach französischer Auffassung die Zeit für Verhandlungen gekommen. Als Verhandlungsgrundlage hat der deutsche Reichsminister in großen Zügen bereits ein Programm entwickelt, dem Änderungen sicherlich keinesfalls im Wege stehen. Die Reichsregierung ist bereit, „produktive Pfänder“ zu bieten, die dem Ertragswert der von Poincaré ausschließlich an der Ruhr geforderten Pfänder entsprechen, sich aber auf das ganze deutsche Reich erstrecken. Ueber die Höhe der als Entschädigung zu zahlenden Summen ist Deutschland ebenfalls zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit.

Gibt es noch bessere Beweise für den deutschen Verständigungswillen? Poincaré hat immer wiederholt, daß er die Verständigung will und das Ziel seiner Politik darauf hinausläuft, Deutschland zum Zahlen zu veranlassen. Weder eine Verständigung, noch die Möglichkeit zum Zahlen erreicht er aber mit der Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes an der Ruhr, dessen Ausdehnung in nicht absehbarer Zeit schließlich einmal zum vollkommenen Chaos führen muß. Nur durch Verhandlungen sichert er die Rechte Frankreichs, nur durch Verhandlungen, nicht durch das Chaos erhält er „produktive Pfänder“ und ermöglicht er schließlich Deutschland auch das Zahlen.

Sachleistungen bisher 5,5 Milliarden Goldmark bezahlt habe, daß davon Belgien 1,729 Milliarden erhalten habe, England 1,297, Frankreich 1,175 Milliarden, die übrigen Länder 632 Millionen. Belgien habe also höchstens ein Drittel der bisherigen Zahlungen erhalten.

Im zweiten Teil mit Belgiens Reparationsplan entwickelt. Belgien tritt dafür ein, daß die deutsche Reparationspflicht genau festgelegt werden müsse. Reparations- und Kriegsschuldenfrage seien gemeinsam zu behandeln. Bei der dann folgenden Ausführung der Reparations- und Kriegsschuldenforderungen der Einzelstaaten der Verbündeten werden von Belgien 5 Milliarden Goldmark an Reparationen verlangt. Der Londoner Zahlungsplan könne bedeutend reduziert werden. Nach einem vorausgegangenen Memorandum sollte es Deutschland danach möglich sein, die neu festgelegten Anuitäten zu bezahlen. Belgien verharre im übrigen auf den Vorschlag, die Forderungen des Abkommens von Spa zu revidieren, falls die Obligationen der Serie C geirrt werden sollten. Belgien kommt weiter auf seinen Vorschlag zurück, eine Priorität für die zerscherten Gebiete festzusetzen.

In der Schlussfolgerung wird auf den Fortschritt hingewiesen, der in den letzten Monaten in den Unterhandlungen erzielt worden sei. Freundschaftliche und direkte Unterredungen zwischen den verbündeten Ministerpräsidenten könnten also wohl sofort stattfinden, ohne daß es sich deshalb um eine eigentliche Konferenz handeln würde. Bei dieser Gelegenheit könnte auch die Frage der Sicherungen behandelt werden.

Der Anhang beschäftigt sich vor allem mit der belgischen Finanzlage, aus der heraus es Belgien unmöglich sei, noch größere Anstrengungen zu machen.

Sozialdemokratische Massenveranstaltungen.

II. Berlin, 29. August.

In Groß-Berlin fanden gestern abend 14 von der SPD. einberufene Volksversammlungen statt, die sämtlich stark besucht waren und ohne Zwischenfall verliefen. Die Kommunisten, die sich in allen Versammlungen zahlreich eingefunden hatten, fanden wenig Anklang, und nirgends ist es ihnen gelungen, die Versammlungen ernstlich zu stören.

Dollar 750000.

Rückblick.

Dr. L. Lübeck, 29. August.

Wie sind epileptische Anfälle zu behandeln? Man läßt den Kranken erst mal richtig austoben. Bis die letzten Zuckungen sich ankündigen. Dann hat ganz allmählich eine sehr sanfte Behandlung einzusetzen. Mit rücksichtsvollen Abreibungen und kalten Umschlägen.

Sinngemäß mußten diese Grundsätze in den letzten 14 Tagen, seit den Aufregungen vom 9.-11. August, unsere Taktik gegenüber den bürgerlichen Lobsuchtsanfällen wesentlich bestimmen. Besonders gegen den „General-Anzeiger“!

Wie haben sie um sich geschlagen! Was haben sie getrieben und getobt! Nur immer wieder fragen konnten wir: Was ist denn los? Und dann die „Behandlung“ anwenden: Austoben lassen! Sie brauchen es für ihre Wut und ihren mitleiderregend krankhaften Zustand.

Die letzten Zuckungen kündigen sich nun an. Und es ist deswegen an der Zeit einzugreifen. Rücksichtsvoll! Sanftmütig! Und auch das Mitleid darf nicht schweigen!

Am meisten stößt auch heute noch die „Vereinigung Republik“ dem „General-Anzeiger“ auf.

Von den Diebstählen redet er nun nicht mehr. Im Geächter der ganzen Stadt sind die „Entdeckungen“ des Herrn Anie untergegangen. Jetzt geht man aufs Ganze. Der „Regelklub 1921“ müsse verboten werden!

Weshalb? Er sei, so behauptet man, militärisch organisiert. Denn er sei in Kompagnien eingeteilt; habe Warmplätze und verlange kriegerische Ausbildung seiner Mitglieder.

Wer der beste Schütze seiner Kompagnie war, wer sich jetzt noch mit Stolz als „Teil von Sonderburg“ bezeichnet, der muß solche Erfindungen mit Leichtigkeit in seinem benommenen und mit garibaldischen Erinnerungen belasteten Kopf machen. Gott sei dank sind solche Erfindungen aber noch nicht von Belang. Und der „Vereinigung Republik“ selbst sind diese Dinge bis heute völlig unbekannt geblieben. Vielleicht wird sie aber Herrn Anie als militärischen und schieftechnischen Sachverständigen zuziehen; und dann wird alles schon so werden. Aussicht auf Beförderung besteht jedenfalls; denn bisher sind Kompagnieführer und dergleichen noch nicht ernannt. Weil es nämlich sozusagen keine Kompagnien gibt. Warmstellen? Das Gewerkschaftshaus ist wie für alle Veranlagungen oder Versammlungen der sozialdemokratischen Partei Sammelplatz. Militärische Ausbildung? Mancher unserer alten ehrlichen Parteigenossen wird nicht schlecht gelacht haben ob dieser „Behandlung“. Auch hier hätte Herr Anie noch reichlich Gelegenheit, seine Bajonettkünste an den Mann zu bringen. Nur müßte er seine eigenen Bajonette mitbringen, denn wir haben keine.

Eine Bedingung müssen wir dabei allerdings stellen. Etwas besser wie seine Schreibkunst müssen seine militärischen Künste schon sein. Denn sonst wäre damit verdammt wenig Staat zu machen.

Ausführlich berichtet der „General-Anzeiger“ heute über einen Prozeß. Ueber die Mißhandlung zweier Herren, die sich der Beamtenbeleidigung schuldig gemacht haben. Der Fall wurde in der letzten Bürgerversammlung von dem Gen. Dr. Leber vorgelesen.

„Dichtung und Wahrheit“ überschreibt der „General-Anzeiger“ seinen Bericht. Wie muß er doch seine Leser dumm einschätzen! Wer den Bürgerversammlungsbericht genau liest, und den „frisierten“ Prozeßbericht, der nur auf den Auslagen der schuldigen Beamten aufgebaut ist, damit vergleicht, der wird erstaunt sein. Beide Berichte stimmen nämlich im wesentlichen überein.

Man möge die Ausführungen des sozialdemokratischen Sprechers im übertragenen Stenogrammoriginal nachlesen. Dort steht folgendes: Die beiden Herren leugnen gar nicht die Beamtenbeleidigung zu haben. Sie leugnen gar nicht die allerhöchsten Ausdrücke angewandt zu haben. Aber sie behaupten zu ihrer Erregung allerlei Ursache gehabt zu haben. Sie werden mit einem ärztlichen Zeugnis aufwarten über ungläubliche Mißhandlungen. Und das ist für uns das Wesentliche!

Damit vergleiche man die Feststellungen des behandelnden Arztes: „Verletzungen an der Stirn, am rechten Unterarm, am linken Unterschenkel, am rechten Gesicht; ferner eine Schnittwunde am linken Handgelenk.“

Ferner vergleiche man damit unseren Prozeßbericht, der absolut objektiv die Vorkommnisse wiedergibt, und in keiner Weise das Verhalten der Herren beschönigt.

Und man wird uns zugeben, daß wir ein Recht haben zu folgenden drei Fragen:

1. Seit wann ist es üblich, daß man Staatsbürger zwei Tage in den Marzall sperrt, weil der eine von ihnen einer Beamten „Diktator“ genannt hat? Obwohl sie beide ausweisen können?

Die belgische Antwort an England.

II. Paris, 28. August.

Die belgische Antwort an England wurde heute vormittag veröffentlicht. Sie besteht aus fünf Teilen, einem kurzen Begleitbrief, einer ausführlichen Antwort auf die englische Note vom 11. August, einem zusammenhängenden Exposé über die belgische Reparationspolitik, einer Schlussfolgerung und einem Anhang.

Die Note lehnt sich stark, ja fast vollständig an die französische Note an, was nach der vorausgegangenen Anteilnahme bei Frankreich zur Stützung des belgischen Standes nicht weiter verwunderlich ist. In der Einleitung der Antwort auf die Note der englischen Regierung wird zunächst behauptet, daß die Verhufe zur Herbeiführung einer Verständigung der verschiedenen Stellen nicht gewürdigt wurde. Es wird festgestellt, daß die Stellen der englischen Note über die Prioritäten Belgiens in Belgien einen peinlichen Eindruck hinterlassen haben. Die belgische Regierung werde eine praktische Lösung suchen, welche die einmütige Zustimmung aller Verbündeten finden kann. 1. werden die Gründe angegeben, warum auf den englischen Antwortentwurf an Deutschland nicht eingegangen wurde. 2. wird die Annahme der englischen Regierung, die belgische Regierung bestünde darauf, daß ihr Vorschlag ohne die Umbildung von Verhandlungen aufgenommen werde, als ein Mißverständnis erklärt. Diese Forderung sei von Belgien nicht aufgestellt worden. 3. führt die Note zur Legalität der Ruhrbesetzung die gleichen Präzedenzfälle wie die französische Note auf und betont, die belgische Regierung habe nur die Maßnahmen zur Anwendung gebracht, die schon vorher von den Verbündeten vorgegeben waren. 4. lehnt die belgische Regierung die Auffassung ab, wonach sie entschlossen wäre, die Besetzung der Ruhr aufzugeben, sobald andere gleichartige produktive Pfänder gefunden seien. Die Besetzung der Ruhr habe den Charakter eines Pfandes. Sie sei anfänglich als bloße Kontrollmission gedacht gewesen. Aber dieser Charakter sei infolge des passiven Widerstandes abgeändert worden. Wenn der passive Widerstand aufgehört haben würde, sei die belgische Regierung bereit, wieder zum ursprünglichen Besetzungsstatut zurückzukehren. Die Besetzung selber könne aber nur im Verhältnis der deutschen Zahlungen aufgegeben werden. 5. Die Note weist auf das Entgegenkommen Belgiens gegenüber seinen Verbündeten bei der Angelegenheit der Prioritätszahlungen hin. 6. Hinsichtlich der deutschen Reparationszahlungen an Belgien behauptet Belgien, daß Deutschland in der

2. Seit wann ist es üblich, daß man Personen, deren Personalien mit Hilfe ihrer Papiere festgestellt sind, diese Papiere vorzulegen?

3. Seit wann ist es bei der Polizei üblich, daß sie Personen, die durch vermeintliches oder wirkliches Unrecht erregt sind, mit Fußtritten, Gummiknüppeln und Säbelhieben bestraft?

Wir sind der Meinung, daß der „General-Anzeiger“ mit seinem politisch gefärbten Tendenzbericht der Polizei einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. Denn jetzt muß die ganze Angelegenheit selbstverständlich untersucht werden. Und zwar an einer Stelle, wo beide Parteien sich gleichberechtigt gegenübersehen. Wo nicht die eine Seite alles, die andere aber nichts gilt. Dazu wird der parlamentarische Ausschuss, der die Vorkommnisse vom 9. bis 11. August prüft, die geeignetste Stelle sein. Nur die Frage sei in diesem Zusammenhang angeht, wie wohl die Berichte über die Missetaten an dem bekannten Donnerstagabend aussehen würden, wenn nur die Aussagen der Polizei gelten würden? So wie der heutige Prozeßbericht des „General-Anzeigers“!

Der „General-Anzeiger“ nennt die Sozialdemokratische Partei heute verschiedentlich die „Partei Dr. Leber“. Wir wissen nicht, ob das amüsante „Blatt für jedermann“ diesem bösen Mann damit ein Lob oder einen Tadel aussprechen will. Er selbst muß ob solcher Titulierung doch ganz stolz werden, schätze er die geistigen Kundgebungen aus der Königsstraße nicht so absolut minimal ein. Man fühlt sich beinahe in die Zeiten der lächerlichen bürgerlichen Wut bei der neuen Amtsblattregelung versetzt!

Doch das wichtigere! Die Behauptungen über die Gründe des „erzwungenen“ Verzichtes des Bürgerrechtsmitgliedes T. sind absolut blödsinnig. Denn die Gründe liegen mindestens 6 Wochen zurück, also längst vor der Verhandlung des Gen. Dräger.

Herr Knie hat in letzter Zeit ausgesprochenes Pech mit den Behauptungen, die er sich aus den Notizen jagt oder irgendwo bei widrigen Umständen aufgefischt.

Soviel nur für heute! Wir machten damit nur einen bescheidenen Anfang in der unbedingt nötigen Behandlung der bürgerlichen Tobsucht. Niemand wird leugnen, daß wir dabei, getreu unserem Eingangsrezept, sehr langsam verfahren sind. Aber vorläufig herrscht noch das Mitleid vor! Wait and see!

Aus dem Ruhrgebiet.

SPD. Reddinghausen, 28. August (Sig. Drahtf.).

Am Dienstag morgen wurde auf dem Marktplatz in Reddinghausen ein Beamter der Zeche „Schlegel und Eisen“ verhaftet und 25 Mark Lohngehalt beschlagnahmt. Die Belegschaft trat sofort in den Proteststreik. Gleichzeitig wurden der Besatzung folgende Bedingungen überreicht, von deren Erfüllung die Wiederannahme der Reparationslieferungen für Italien abhängig gemacht werden soll: Freigabe der Hamm-Osterfelder Bahn, Freigabe der Bergwerke der Zeche „Schlegel und Eisen“ sowie „Kohlenbau“, Kontrolle der Kohlentransporte durch italienische Gewerkschaften, Freigabe der Deputatskohl, keine Einmischung der französischen Besatzung.

Wegen eines angeblich am 23. August begangenen Sabotageaktes an französischen Telefonleitungen wurden über Sättlingen folgende Sanktionen verhängt: 1. Schließung sämtlicher Gaststätten und Nieder-Sprachhöflicher Wirtschaften vom 26. August bis 2. September 1923, 2. Verkehrssperre auf den Straßen Sättlingen-Stevenskamp und Sättlingen-Niederproffhöf für dieselbe Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens, 3. Verbot von Versammlungen, 4. Auslieferung der Täter bis 28. August, widrigenfalls weitere Sanktionen verhängt werden.

Eine „irrtümliche“ Reichsindexzahl.

Am 20. August ermittelte das Statistische Reichsamt einen Lebenshaltungsindezes von 733 733, der einer Steigerung gegen die der Vorwoche von 72,5 Prozent entsprach. Bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Annullierung der Reichsindexzahl wurde an die Haushaltskosten erklärte der Vertreter des Statistischen Reichsamtes, daß der am 20. August amtlich bekanntgegebene Index auf einem Irrtum beruhe und nur 672 779, also eine Steigerung von nur 54 Prozent, betrage. Es wurde hinzugefügt, daß eine entsprechende Berichtigung in der Presse erfolgen würde. Tatsächlich wurde am nächsten Tage eine amtliche Notiz unter dem Stichwort verbreitet: „Die Neugehaltung der Reichsindexzahl“. Darin wird festgestellt, daß bei der Reichsindexzahl vom 20. August die Steigerungszahl zur Vorwoche von 72,5 Prozent im Vergleich zu den Ergebnissen in einzelnen Städten verhältnismäßig hoch sei. Weiter heißt es, daß eine andere Methode zu einem Steigerungssatz von nur 54 v. H. führe. Der Fehler wird als in den Stunden verlegt, es handele sich um zwei verschiedene Methoden, die bei der Ermittlung der Indexzahl im Statistischen Reichsamt zur Anwendung kommen und die am 20. August amtlich bekanntgegebene Ziffer von 733 733 betreffen bleibt. Tatsächlich aber ist diese Ziffer bei den offiziellen Verhandlungen zwischen Spitzenorganisationen und Regierung im Reichsfinanzministerium widerstritten worden. Geltung für den 20. August hat die Ziffer 672 779. Es ist deshalb angebracht, auf diesen Umstand schon jetzt mit Nachdruck hinzuweisen, damit bei der nächsten Bekanntgabe der Indexzahl keine Verwirrung angerichtet wird.

In diesem Zusammenhang halten wir uns für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß das vom Statistischen Reichsamt eingeleitete Verfahren zur Annullierung dieses Irrtums einem Berichtigungsverfahren gleichkommt. Wenn wir auch zugeben, daß es für die genaue Kenntnis der Angelegenheit sehr wichtig ist, öffentlich den verhängnisvollen Irrtum eingestehen zu müssen, so muß aber doch im Interesse der deutschen Arbeitnehmer, die bei der Annullierung ihrer Bezüge auf die amtlichen Indexzahlen angewiesen sind, verlangt werden, daß die Berichtigung kurz und bündig erfolgt.

Die Gehälter im Versicherungsgewerbe.

Der wichtigste vereinbarte Kompromißpunkt für das Beschäftigungsgewerbe wurde am 27. August folgenden Schlußsatz: Die einschlägigen Beschlüsse der Angehörigen werden in folgender Weise getroffen:

Die einschlägigen Beschlüsse, hinsichtlich des Lohnes werden am 20. August erlassen. Die sich hieraus ergebenden

Beträge werden mit fünfzehn veranschlagt. In derselben Weise werden die sozialen Zulagen für August berechnet. Die Besetzungszulage von 35 Proz. bleibt für August unverändert. Die im August geleisteten Zwischenzahlungen sind in Anrechnung zu bringen. Im Laufe des September — erstmalig am 8. September 1923 — finden je am Monatschluß Zwischenzahlungen statt, die sich in folgender Weise errechnen: Der Anspruch erhält bei jeder Zahlung zunächst ein Viertel des endgültigen Augustgehalts. Dazu tritt ein Zuschlag, der die im letzten Monatsindex festgestellte Aenderung der Leistung voll berücksichtigt. Zur Abgeltung einer etwaigen weiteren Aenderung seit Erscheinen der letzten Indexziffer wird ein zweiter Zuschlag in gleicher Höhe wie der erste eingeleitet. Dieser Zuschlag wird bei der nächsten Monatszahlung verrechnet. Der Antrag des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmen über Abänderung diverser Bestimmungen des Manteltarifs wurde vom Reichsversicherungsamt wegen Unzuständigkeit abgelehnt.

Neuregelung der Reichsarbeiterlöhne.

Am Dienstag nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Anpassung der Reichsarbeiterlöhne an die veränderten Haushaltskosten. Während bisher Donnerstags unter Zugrundelegung der zu Beginn der Woche festgestellten amtlichen Indexziffer verhandelt wurde, wird jetzt bereits Dienstags verhandelt, wobei die dann vorliegenden Teilergebnisse der Erhebungen des Statistischen Reichsamtes die Unterlagen zur Neufestsetzung der Löhne bilden sollen. Bei den Donnerstag-Verhandlungen wurde der Index für 10 Tage voraus geschätzt und dementsprechend der Lohn für die nächstfolgende Woche bestimmt. War der Index zu niedrig geschätzt und dadurch der Stundenlohn nicht ausreichend erhöht, so wurde ein Ausgleich in valorisierter Form gewährt. Die neue Verhandlungsmethode sieht vor, daß der am Dienstag ermittelte Lohn schon am Freitag, also für die laufende Woche, bezahlt wird. Da der Index nicht mehr für zehn, sondern nur noch für drei Tage voraus geschätzt wird, hofft die Regierung durch zuverlässige Schätzungen die Nachzahlungen und Valorisierung vermeiden zu können. Dadurch soll die Inflation aufgehalten werden. Die neue Verhandlungsart stellt allerdings erst einen Versuch dar. Den Dienststellen ist eine Normallohntabelle zugeestellt worden, die es ermöglicht, nach jeder Verhandlung mit einem Multiplikator, der durch Kreistelegramm mitgeteilt wird, den zu zahlenden Lohn auszurechnen. — Für die Neuregelung der Beamtenbezüge wird in der Dienstag-Verhandlung der Termin festgesetzt werden.

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter, die am Dienstag im Reichsfinanzministerium stattfanden, führten zu einer Festsetzung der Lohnmehrzahl auf 1500 mit Wirkung vom 26. d. M. In Ortsklasse A wird der Stundenlohn des Handwerkers 581 000 M., der des ungelerten Arbeiters 540 000 M. betragen.

Deutschnationaler Hochverrat.

SPD. Berlin, 28. August.

Die Deutschnationale Volkspartei hat im Reichstag ihre Zustimmung zu den neu beschlossenen Steuergesetzen gegeben. Diese Haltung erfolgte nicht in der Absicht, den Untergang unseres Volkes zu verhindern, sondern lediglich mit dem Zweck, die wankende, bankrotte Regierung der Sachmänner mit Cuno an der Spitze zu retten. Die Taktik war verfehlt. Cuno stürzte — und heute sehen wir die Deutschnationalen, die den Steuergesetzen ihre Zustimmung gaben, als eifrige Verfechter der Interessen des Steuerdefraudantentums. Ueberall lassen ihre Verbände und Wirtschaftskreise Aufrufe los gegen die neuen Steuermaßnahmen, die noch unter Cuno Gesetz wurden, und von allen Ecken kommen die gefährlichsten Anwürfe gegen die neue Regierung. Sehr tritt aus der „Kommersche Landbund“ auf den Plan! In einem Aufruf fordert er u. a. die sofortige Annullierung der Kriegsschulden, Revision des sogenannten Verlaufsvertrages und vorbehaltlose Befreiung von Rhein und Ruhr! Die Herren Nationalen wünschen also im gegenwärtigen Augenblick, wo sich die Reichsregierung um eine ehrliche Verständigung bemüht, nichts anderes als eine verheerende Katastrophe politisch, sie verwechseln ihre Grundsätzlichkeit mit den wahren Machtverhältnissen Deutschlands und fallen dadurch der Bevölkerung an der Ruhr in den Rücken. Aber das hindert sie natürlich nicht, gleichzeitig eine „unbedingte nationale Politik“ zu fordern, die sie natürlich „in der heutigen Konstellation nicht gewährleisten können“. Ihre nationale Katastrophenspekulation soll von einem Diktator mit unbeschränkter Vollmacht durchgeföhrt werden. Er soll auch die Aufgabe haben, die Abwehr von sozialdemokratischen Wapen und ihrer Auswirkung zum Schaden der Wirtschaft und Volkseinheit“ einzuleiten.

Die Deutschnationale Volkspartei Pommerns unterstützt die Demagogie des Landbundes mit einem Aufruf, in dem von der Parteileitung erwartet wird, daß sie in einem klaren Aktionsprogramm dem Volke den Weg zeigt, der zur Rettung führt! Für den deutschnationalen Regierer wird sich unser Volk bestens danken! Verantwortlich haben diejenigen, die plötzlich alles besser machen können, weil sie nichts besser zu machen brauchen, und verantwortungslos demagogisch spielen. Gelassenheit gehabt, dem deutschen Volk den richtigen Weg zu weisen. Was machten sie statt dessen? Sie führten uns in den Krieg, der Tausenden von Familien den Vater geraubt hat, Hunderttausende von Müttern weillos machte und als dessen Auswirkung schließlich das Gland zu betrauen ist, das wir heute vor uns sehen. Wer kann dieser Geisteslosigkeit überhaupt noch einen Haften Eingeständnis zusprechen, nachdem sie verantwortungslos in den Krieg „hineinschlitterte“, das Gland von heute über uns brachte und jetzt wieder zur nationalen Verteidigung an der Ruhr aufrordert, aber die Steuergesetze, die der bärbeißigen Bevölkerung im Ruhrgebiet mit zur Hilfe gerufen haben, laborieren und zu diesem Zwecke große öffentliche Anleihe erlassen, deren Kosten fast höher sind als die Steuern, die sie aufbringen sollen. Und diese „Patrioten“ wagen es heute, die Regierung der Parteien des „Landesrats“ zu beschuldigen, obwohl sie seit 1914 nur einmal Hochverrat begangen haben? Die Deutschnationale Volkspartei ist nichts anderes als eine Gruppe von Hochverrätern, die sich ausschließlich gegenüber dem Vaterland nur mit hilflosen Mitteln begabungen ist. Wir hoffen, daß auch die Regierung bald dieser Erkenntnis wird und die Antwort erteilt, die auf eine Berichtigung des Landesrats gegeben werden muß.

Ein Jahr Gefängnis für Walter Dehne.

SPD. Leipzig, 28. August.

In dem Landesverratsprozeß gegen den Berliner Journalisten Walter Dehne wurde vom Reichsgericht am Dienstag nach fünfjähriger Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautet auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft. Die Verurteilung erfolgte wegen Landesverrats und Spionage in zwei Fällen, begangen durch die Verurteilten gegen die Interessen Deutschlands. Bei den meisten Anklagepunkten kam das Gericht zu einer Freisprechung, zumal dem Angeklagten nicht widerlegt werden konnte, daß von ihm veröffentlichte Berichte die Interessen des Landes des Reichs schaden hätten. Das Gericht hat nun festgestellt, daß die in Rede stehenden Umstände zu dem Ergebnis führen, daß keine Berichte keine schädlichen Auswirkungen hervor-

gerufen haben und Dehne auch für deutsche Stellen jenseits erfolgreich tätig war. Nach der Urteilsverkündung wurde Haftbefehl aufgehoben und Dehne ohne Kaution entlassen.

Der ehemalige Offizier als Reichspresseschef.

Der Reichskanzler beabsichtigt, in den allernächsten Tagen den Presseschef der Reichsregierung zu ernennen. Er soll dieses Amt einen ehemaligen Major, namens Kalle, in Aussicht genommen haben, der zurzeit in preussischen Kommando für öffentliche Ordnung arbeitet. Kalle dürfte als ehemaliger Offizier kaum die Voraussetzungen erfüllen, die an die Besetzung der Stelle des Presseschefs gerade jetzt um so mehr gestellt werden müssen, als der eigentliche Vorgesetzte des Presseamts in der Reichskanzlei ein ehemaliger Marine-Attaché ist. In Aussicht genommene Bewerber hat weder Beziehungen zu Inlands- wie zur Auslandspresse, noch ist er überhaupt Pressewesen bewandert. Bei aller persönlichen Hochachtung und Herrn Kalle können wir ihm jedenfalls als Leiter der Presseabteilung kein Vertrauen schenken. — Im übrigen müssen wir Herrn Stiefemann daran erinnern, daß die Besetzung der Leitung des Presseamtes nur durch Kabinettsbeschluß erfolgen kann.

Italienische Offiziere in Albanien ermordet.

Rom, 28. August.

Aus Balona ist die Nachricht eingetroffen, daß die in Albanien mit der Abdeckung der Südgrenze Albaniens beschäftigten italienischen Militärkommission auf griechischem Gebiet von der Bevölkerung überfallen und niedergemacht worden ist. General Tellini, ein Oberst und drei Offiziere sind getötet worden. Die italienische Regierung hat bereits die nötigen Maßnahmen ergriffen, um strenge Sanktionen und sofortige Bestrafung der Schuldigen zu fordern und durchzuführen.

Aus einem „Politischen Handwörterbuch“.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Im Frühjahr dieses Jahres erschien in Warschau als erstes politisches Werk dieser Art das „Politische Handwörterbuch“ (Polski Słownik Polityczny) von Bartoszewicz. Nach Verfassung und Verlag ist dieses über 800 Seiten starke Lexikon aus dem nationaldemokratischen Lager hervorgegangen; der deutsch-, jüdisch- und sozialistenfeindliche Inhalt des Werks bestätigt diesen Ursprung. An deutsche und westeuropäische Werke dieser Art reiht das neue polnische Handlexikon nicht heran. Immerhin ist es ein erster Versuch und als Leistung eines Einzelnen — nach dem Vorbild hat der Verfasser keine Mitarbeiter gehabt — rein literarisch-wissenschaftlich trotz vieler Mängel eine anerkennenswerte Leistung.

Umsomehr zu bedauern ist, daß dieses erste politische Lehrbuch in Polen durchaus reaktionär in innerpolitischer, deutschfeindlich in außenpolitischer Hinsicht ist. Einige, Deutschland betreffende Proben aus dem Inhalt zeigen den Geist dieses Werkes; es sind durchweg wörtliche Uebersetzungen:

Germanophilie (Deutschfreundlichkeit). (S. 215). „Ein deutschfreundliche Politik ist in Polen solange unmöglich, als Deutschland nicht aufgehört hat, eine für die Existenz und die Entwicklung des polnischen Staates bedrohliche Macht zu sein und als nicht wichtige Gebiets- und Grenzfragen West- und Nordpolens so gelöst sind, daß Deutschland jede Möglichkeit genommen wird, Polen zu schaden.“

Polnische Nationalkomitee. (Polnische Organisation auf Seiten der Entente während des Krieges). (S. 352). „Nach dem von N. Dmowski vor den Vertretern der westlichen Großmächte begründeten Programm sollten Polen einverleitet werden: Von Deutschland: Polen, Westpreußen mit Danzig, das südliche Ostpreußen (Ermland und Masurien) und Oberschlesien. Soweit dieses Programm nicht ausgeführt ist, bildet es eine Aufgabe, die dem wiedererstandenen Polen von dem Nationalkomitee zur gebührenden Lösung im geeigneten Zeitpunkt überwiesen ist.“

Kreuzritter (Preussischer Orden). (S. 414). „Die von den Sozialisten abgeschlagene Kreuzrittergeschah hat sich in die preussische Gefahr verwandelt, die die (alte) polnische Republik zugrunde gerichtet hat. Sie lastete auf Polen in der Zeit seiner Verfalls und seiner Knechtschaft. Sie hat auch nicht aufgehört, auch dem nach dem Weltkrieg wiedererstandenen Polen zu lasten. Die Kreuzritter sitzen dauernd an der Weichselmündung und an der Ostsee in Ostpreußen, das, wie einst, das polnische Land wie ein Keil zertrennt. Wenn das wiedergeborene Polen diese Gefahr wiederum nicht begreift und sich nicht um ihre Beseitigung bemüht, droht ihm mit unerbittlicher Konsequenz die Wiederholung der Pläne Friedrichs II.“

Plebiszit (Volksabstimmung). (S. 599). „Infolge der (bereits stattgehabten) Plebiszite verlor Polen Ermland, bekam die polnischen Gebiete Ostpreußens nicht und machte sich mit einem Teil Oberschlesiens begnügen, der weder den ethnographischen Verhältnissen noch dem Willen der dort anässigen polnischen Bevölkerung entsprach.“ (S. 601). „Das Plebiszit in Oberschlesien gab den Juden und dem mit ihnen verbündeten Deutschland und England die Hoffnung, daß es ihnen gelingen könnte, den Willen der Bevölkerung zu fälschen, ihr Gefühl für Polen zu schwächen und die Schaffung eines großen und reichen polnischen Staates nicht zuzulassen. Daß es so war, bezeugen die Tatsachen nachdrücklich genug. Das Plebiszit ist eine Waffe in der Hand des Stärkeren und Korrupten, aber kein Akt unparteiischer Gerechtigkeit, wofür es Theologen und Theoretiker des ungehemmten freien Willens des Menschen ansehen wollen.“

Die nationaldemokratische Partei beherrscht die gegenwärtige Regierung in Polen. Sie ist erfahrungsgemäß auch als Oppositionspartei gerade auf die äußere Politik Polens von bestimmendem Einfluß. Die oben wiedergegebenen Stichproben nationaldemokratischer Lehre zeigen, wo die letzten Ursachen der vielfachen deutsch-polnischen Reibungen und damit einer dauernden Gefährdung des europäischen Friedens liegen.

Der preussische Minister des Innern hat am Dienstag den kommissarischen Zentralauswahlschub der Groß-Berliner Kreisräte“ einschließlich seiner „Leitung“, deren „Kollaborat“ und seines Unterbaues, nämlich der „Werbemittelstelle“ und „Industrieunternehmen-Ausschüsse“ auf Grund des § 14 in Verbindung mit § 7, Ziffer 4 und des § 19 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. Dem Verbot ist eine ausführliche Begründung beigegeben. Weiterpolitische und strafrechtliche Maßnahmen sind eingeleitet. Veranlassung zu dem Vorgehen des preussischen Innenministers hat das Material gegeben, das am vergangenen Sonntag bei einer Hausdurchsuchung in der Zentrale der SPD. der Polizei in die Hände fiel.

27. Deutscher Ortskrankenkassentag

Am 19. und 20. August tagte in Würzburg der 27. deutsche Ortskrankenkassentag, die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, der Großorganisation der deutschen Krankenversicherung. 1600 Krankenkassen mit fast zehn Millionen Versicherten waren vertreten. Das Leitmotiv der ganzen Tagung war die Not des deutschen Volkes und die mit ihr in engster Verbindung stehende harte wirtschaftliche Bedrängnis der Krankenkassen. Der Geschäftsführer des Verbandes, Helmut Lehmann, referierte über

Gesetzgebung und Krankenversicherung.

Die Gesetzgebung, so führte der Vortragende aus, hat der Krankenversicherung gegenüber vollständig versagt. Der Reichstag läßt leider in seiner großen Mehrheit das volle Verständnis für die Sozialversicherung vermissen. Auch die höchsten Reichsbehörden, besonders das Reichsarbeitsministerium, konnten den Erfordernissen der Krankenversicherung nicht gerecht werden. Die Verwaltungspraxis des Reichsarbeitsministeriums sei in einer Weise hinter den Zeitverhältnissen zurückgeblieben, die alles Erträgliche weit übersteige. Durch die unzumutbaren Grundlohnverordnungen des Reichsarbeitsministeriums ist die Kreditfähigkeit der Krankenkassen vollständig erschöpft. Die Krankenkassen haben weit über ihr Können hinaus Ungeheures geleistet, trotz aller Widerstände, die ihnen von den Aufsichtsbehörden bereitet wurden. Jetzt aber könnten die Kassen den Anforderungen, die an sie gestellt werden, kaum noch gerecht werden. Es wäre höchste Zeit, hier Wandel zu schaffen. Wenn die Gesetzgebung den Verhältnissen nicht folgen könne oder wolle, so müßten die Kassen, so sehr sie es auch bedauern würden, den gesetzmäßigen Weg verlassen und zur Selbsthilfe greifen. Scharfe Worte fand dann der Vortragende gegen die Bestimmungen, die Krankenversicherung noch weiter zu verkomplizieren. Er forderte restlose Beseitigung aller Ersatzzassen, die die Not des deutschen Volkes benutzen, um für bestimmte Sondergruppen Vorteile herauszuschlagen und sich von der allgemein sozialen Fürsorge drücken. Können diese Bestimmungen nicht unterbunden werden, dann ist der Zusammenbruch der deutschen Sozialversicherung, die vorbildlich für die ganze Welt gewesen ist, und die unermessliche Kulturwerte geschaffen hat, befeuert. Darum fort mit allen Sonderbündeleiten.

In der Aussprache wirkten erschütternd die Ausführungen eines Vertreters aus dem französisch besetzten Gebiet. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß sofortige Hilfe erforderlich sei. Sie verlangt von der Gesetzgebung wertbeständige Beiträge und Leistungen in der Krankenversicherung, Erhaltung der Vermögenssubstanz der Krankenkassen, Beseitigung der einschränkenden Bestimmungen für das Selbstverwaltungsrecht, Unterbindung aller Sonderbündeleiten, Abschaffung der Sachleistungen durch Barleistungen.

Zum folgenden Tagesordnungspunkt

Reform der Kassenverwaltung

erläuterte Geschäftsführer Schellhammer-München interne Fragen der Verwaltungspraxis der Krankenkassen. Nicht nur von außen müsse der Krankenversicherung geholfen werden, auch im eigenen Hause müßten die Krankenkassen auf höchste Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes bedacht sein. Eine Sonderfrage der Krankenversicherung behandelte dann Geschäftsführer Knoblauch-Darmstadt: Das Einzugsverfahren der Invalidenversicherung.

Am zweiten Verhandlungstage berichtete Geschäftsführer Lehmann über die Arztfrage, die einen ständigen Tagesordnungspunkt der Ortskrankenkassentage bildet. Durch die ungeheure Geldentwertung sind die Ärzte in eine Notlage geraten, die auch durch die Krankenkassen nicht beseitigt werden kann, weil die Kassen unter denselben schlechten Verhältnissen leiden. Kassen und Ärzte sind deshalb gezwungen, sich zu einer Notgemeinschaft zusammenzuschließen, um unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt weiter leben zu können. Mit der Organisation der Ärzte sind Verhandlungen geführt worden, die in Erkenntnis dieser Tatsache eine bessere Zusammenarbeit der Ärzte und Krankenkassen anbahnen sollen. Der Vortragende befürwortet eine Entschärfung, die den Hauptverband ermächtigt, die dringenden notwendigen Vereinbarungen mit den Ärzten zu treffen. In der Debatte wurden Befürchtungen laut, daß die Krankenkassen unter der Last der Arzthonorare zusammenbrechen müßten. Es wurde deshalb gefordert, daß das Reich einen Teil der Arzthonorare den Kassen erstatte. Die vorgelegte Entschärfung wurde angenommen.

Das Verhältnis der Krankenkassenangeestellten zu den Kassen als Arbeitgeber behandelte Landtagsabgeordneter Scholich-Breslau. Den Dienstordnungen der Kassenangeestellten, die auf Grund eines Tarifvertrages aufgebaut waren, der mit dem Zentralverband der Angestellten abgeschlossen wurde, sind vielfach Schwierigkeiten von den Oberverwaltungsämtern bereitet worden. Der jetzige Tarifvertrag bedürfe gewisser Abänderungen, die der Vortragende im einzelnen erläuterte. Der Ortskrankenkassentag beschloß, die Tarifgemeinschaft zwar zu kündigen, aber gleichzeitig eine Kommission niederzusetzen, die über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit der Angestelltenorganisation verhandeln soll.

Außerordentlich interessante Ausführungen machte dann der ärztliche Beirat der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, Dr. Ketzsch, über die Arzneiverforgung der Krankenkassen. Der Vortragende berichtete über die Gründung der gemeinsamen Arzneimittelskommission der deutschen Gesellschaft für innere Medizin, des Ärztevereinsbundes und des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen. Diese Kommission wird sämtliche auf den Markt kommenden Arzneimittel auf ihre Brauchbarkeit und Zweckmäßigkeit für die Kassenpraxis prüfen. Die Verhandlungen der Kommission sollen ständig den Kassenärzten zugänglich gemacht werden. Durch Herausgabe eines Arzneiverordnungsbuches soll den Kassenärzten ein Mittel an die Hand gegeben werden, nur Arzneien von höchster Wirksamkeit und größter Wirtschaftlichkeit für die Kassenmitglieder zu verordnen.

Die Versammlung erkannte an, daß dem weiteren Ausbau der Heilmittelbetriebsgesellschaft, einer Gründung des Hauptverbandes zur billigen Belieferung der Krankenkassen mit Arzneien und Heilmitteln, von den Kassen die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden müsse.

Ein Referat von Herrn Stadtrat Kirchhoff-Dresden befaßte sich mit der Krankenhausfrage, die für die Krankenkassen in den letzten Jahren ebenfalls brennend geworden ist. Der Redner forderte von den Gemeinden die ausreichende Erfüllung ihrer Pflichten zur Aufrechterhaltung der Krankenanstalten und zur Stellung angemessener Aufnahmebedingungen für Krankenfranke, die auch von den Krankenkassen erfüllt werden können. Die Krankenkassen haben nicht die Absicht, sich in der Einweisung von Patienten in die Krankenhäuser Beschränkung aufzuerlegen. Sie müssen aber unbedingt verlangen, daß die Allgemeinheit ihre Verpflichtung, Krankenhäuser aus ihren Mitteln zu unterhalten, restlos nachkommt.

Im letzten Tagesordnungspunkt befaßte sich dann der Ortskrankenkassentag mit Satzungsänderungen des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen und einer neuen Beitragsregelung für den Verband. Der Verband soll in Zukunft den Namen „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ führen, um damit das Arbeitsgebiet des Verbandes fester zu umschreiben. Die Beitragsberechnung des Verbandes wird wertbeständig gestaltet.

Mit Worten des Dankes an die Erschienenen und mit einem Aufruf, alle Kräfte einzusetzen für den Weiterbestand der deutschen Sozialversicherung und für die Erhaltung der Krankenkassen für ihre umfassenden Aufgaben für die Volksgesundheit, wurde der Verbandstag geschlossen.

Vermischte Nachrichten.

Fünf Todesfälle durch Pilzvergiftung. Obwohl in kurzen Abständen in der Öffentlichkeit immer wieder vor dem Genuß von unbekanntem Pilzen gewarnt worden ist, scheint es, als ob die Angunst der Zeit es mit sich bringt, daß Familien aus der Pilzsuche gehen, ohne ausreichende Kenntnis der Giftpilze zu haben. Dieses Verfahren des Suchens und späteren Verzehrns hat in Berlin leider wieder fünf Todesopfer gefordert: den Müller Friedrich und seine Ehefrau, die Hauseigentümerin Oberländer, eine Frau von 71 Jahren, und ihre 40 Jahre alte Tochter Frieda und den Arbeiter Gröbde.

Der gefährliche Säugling. Eine wahre Geschichte aus Böhmen, südlich Schida. Im Großdorf Minka (München) lebte ein reiches israelitisches Ehepaar, das sich nach einem Kindlein sehnte, aber keines bekam. Da kamen sie auf die Idee, ein Knäblein jüdischer Herkunft zu adoptieren. Weil sie es aber für sich allein haben wollten und ohne jeden Anhang, gaben sie die Anzeige in Oesterreich auf. So fanden sie ein Findelkind aus Wien, das durch die Beschneidung sich als Israelit erwies, und brachten es nach Minka. Kaum hatten sie aber der hohen Polizei, die hier noch höher ist als anderswo, diesen Familienzuwachs mitgeteilt, als sie auch schon den Ausweisungsbefehl für den politisch anrüchlichen Landfremden Bamsen erhielten. Der Vater lief von Behörde zu Behörde und wurde überall abgewiesen, trotzdem er der Fremdenpolizei 250 000 Mark für Unterstützungszwecke anbot, falls das Büberl im Lande bleiben dürfe. Da erfuhr zufällig ein Journalist von Einfluß von der Sache und nahm sich ihrer an; kurz darauf wurde dem Ehepaar die Aufenthaltserlaubnis zugestelt. Als nun der Journalist den maßgebenden Herrn von der Fremdenpolizei fragte, weshalb sie so rabiat gewesen wären, und hinzufügte, mit den 250 000 Mk. hätte doch in dieser so wenig üppigen Zeit viel Gutes gestiftet werden können, erwiderte der: „Zunächst — damit dann diese Juden dem Buben eine glänzende Erziehung geben, und in zwanzig Jahren haben wir wieder einen Kurt Eisner im Lande!“ Woraus zu schließen ist: 1. Nach Ansicht der Münchener Polizei war Kurt Eisner glänzend erzogen; 2. glänzende Erziehung ist staatsgefährlich; 3. Herr Böhrer ist gegen Herodes ein Ausbund von Güte; er weiß die kleinen Kinder nur aus, Herodes ließ sie töten; 4. das alles ist für die Raß, wenn sich ein Journalist hineinmengt (die hatten vor 1920 Jahren noch Flügel); Christus blieb am Leben, und der kleine Judas blieb an der Mar.

Ein russischer Kreuzer gehoben. Den der Hamburger Bugfischer, Reeberei- und Bergungsaktiengesellschaft gehörigen Bergungsdampfer „Jason“ und „Brussa“, sowie dem Seeleichter „Mundschau“ ist es gelungen, den während des Krieges im Finnischen Golf gekenterten russischen Kreuzer „Koffija“ zu heben und in Reval einzubringen. Dort wird das zum Abwracken nach Deutschland verkaufte Schiff abgedichtet und dann nach Kiel geschleppt werden.

Uberschwemmungskatastrophe in Indien. Wie aus Kalkutta gemeldet wird, ist in Südindien zwischen Tidipi und Mangalore in einem Umkreis von 70 Kilometern eine Hochwasserkatastrophe eingetreten, durch die alle Ortschaften vernichtet und Zehntausende von Menschen obdachlos geworden sind.

Schweres Flugzeugunglück. Wie die Pariser Presse meldet, überflieg sich gestern ein „Goliath“-Flugzeug des französischen Luftdienstes Paris-London bei einer Notlandung in der Nähe von Mailstone. Das Flugzeug mußte wegen Versagens des Motors niedergehen. Weil die von einer Panik ergriffenen Passagiere beim Abstieg alle nach einer Seite der Kabine kippten, kam die Maschine ins Schwanken. Ein Passagier wurde getötet, die übrigen zehn und der Führer erlitten schwere Verletzungen.

Verantwortlich: Frii. Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikant. Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Arbeit und Sparsamkeit

sind die Quellen des Reichtums. Darum färben alle praktischen Hausfrauen ihre Kleider, Blusen, Gardinen usw. selbst nur mit den besten und edelsten echten Seidemann's Farben, Marke Fuchsstopf im Stern.

Seidemann's Farbe spart den Färber.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

6. Fortsetzung.

Wenn sie ihn gebeten hätte, morgen. Tage noch da zu bleiben, würde er es ebenso versprochen haben. Er war in ihrem Bann wie broden auf der Wand.

Da zog sie ihn unter die Haustür und küßte ihn heftig. Dann verließ sie ihn plötzlich.

Als er in die Nacht zurücktrat, kam ihm ein Teil seines Gleichnisses zurück. Er dachte an die Ereignisse des Tages als an ein Abenteuer, aber es war etwas, was er nicht von sich loslösen konnte, eine halb furchtbare, halb — seltsame Erinnerung. Er hatte ein Gefühl, als — als sei ihm eine große Kugel an die Brust gedrungen, die sich mit starren, unlöslichen Griffen an ihn krallte, schwer wie ein Alp und doch — warm, so daß es ihm den Körper noch immer wohligh durchdrückte von der Wärme des — anderen Körpers.

Salome war in ihr Zimmerchen hinaufgegangen. Auf den Beinen und mit Herzklopfen, ängstlich vor einer Begegnung mit der Wittin. Als sie in ihrer Behausung das Licht aufdrückte, fiel ihr Blick auf die kleine Uhr, die auf der Kommode stand. Nachtessenszeit war schon vorüber; die Hausfrau mußte sie vermisst haben. Das Blut stieg ihr zu Kopf, und sie lauflachte hinaus. Da hörte sie auch schon Schritte auf der Treppe, und nach kurzer Zeit klopfte es. Die Wittin fragte in ihrer freundlichen, behäbigen Art, ob sie nicht essen wolle. Demnach hörte Salome irgendwie eine leise Vermittlung aus dem Ton der guten, dicken Dante heraus. Sie lag hastig, sie sei schon im Begriff, sich zu Bett zu legen, da sie sich nicht ganz wohl fühle. Sie hatte die Frau gern, und in ihrer Stimme klang eine kumme, herzliche Bitte trotz ihrer Erregung. Das schien die alte Dame zu verfühnen; denn sie mahnte gutmütig, sich nur ja recht auszurufen.

Dann hörte Salome die Frau mit ihrem schwerfälligen Gang die Treppe wieder hinuntersteigen. Da erst löste sie sich den Hut vom Kopfe. Es war, als ob mit einem leichten Brausen ein großer Lärm hinter ihr still würde. Und nun lehnte sie sich auf den Rand ihres aufgedeckten Bettes und legte die Hände an die Schläfen. Es war eine ganz unwillkürliche mechanische Bewegung, wie man sie macht, wenn man seine Gedanken zu sammeln versucht. Die Hände glitten langsam an den Wangen nieder und über die Brüste hinunter in den Schoß. Dann senkte Salome; es war ein heftiger, ruckhafter Seufzer, ihr Gesicht aber leuchtete dabei auf. Die Gedanken kamen ihr in Schwällen wie prudelndes Wasser zurück. Zuerst waren es nur Glücksgedanken. Mein Gott wie schön! Der Augenblick! Und der! Und der! Wie sie einander immer näher gekommen waren, Heinrich und sie! Und da hatten sie sich geküßt! Und es war es gewesen! Und so das! Mein Gott, wie schön! Schauer schüttelten sie.

Und dann — hatte er gekostet — „betraden kann ich dich nicht“, hatte er gesagt!

Es war ihr, als ob ihr jemand einen harten, kühlenden Stoß versetzt hätte. Aber sie war nicht wieder bei klaren Ge-

danken. Dann sah sie schärfer als je vorher alles, was da war. Sie redete sich selber zu: Das mußt du doch, daß er dich nicht heiraten kann! Aber? — Sie begann sich. Ihre Zukunft tauchte vor ihrem inneren Auge auf. So, wie sie sich dieselbe früher ausgemalt. Heimkehr hatte sie gedacht und dann eine Anstellung in einem Bankhause oder auf der Post zu finden. Man hatte in einer solchen Stelle ein gutes Ansehen bei den Leuten. Und — und die Eltern würden eine Ehre darin sehen, wenn sie eine solche fände. Dann — hm, das hatte sie sich bisher nie überlegt — dann würde eines Tages ein einfacher Mann — so von des Vater Art kommen und sie — um Heirat fragen. Aber — aber — Herrgott, wie gleichgültig würde — er ihr sein! Mit ihm — hätte sie nie dieses Wunderbare erleben können — dieses Große, das sie jetzt mit Heinrich erlebte! Mein Gott, er, der Staatliche, Hochstehende und — und sie! Mein Gott, wie war das schön! Wie sie sich geküßt hatten! Und das! Und das!

Die Eltern? — Ja — was wollte sie zu sich selber sagen von den Eltern?

Die Gedanken verlagerten ihr einen Augenblick. Dann sah sie deutlich das Haus über den Bögen von St. Felz und die Wohnstube mit Vater und Mutter darin. Sie — ei — sie hatte lange nicht mehr daran gedacht! Früher hatte sie manchmal Heimweh gehabt. Jetzt — gar nicht mehr!

Es war doch manches klein und eng daheim! Das erlitten ihr jetzt so, weil sie etwas von der Welt sah und andere Menschen kennen konnte!

Vater und Mutter würden das nicht gern gesehen haben — das von heute!

Sie verstanden so etwas eben nicht, der Vater und die Mutter. — Was — was sie wohl jetzt taten, die alten Leuten? Beteten vielleicht nach oder lasen in der Bibel, wenn sie nicht schon zu Bett gegangen waren?

Hin! Sie selber — Salome — hatte — nicht mehr gebetet — letztlich.

Es wurde ihr angst deshalb, und sie faltete die Hände. Aber sie konnte die Gedanken nicht beherrschen halten. Die Angst wuchs in ihr. Sie fürchtete, daß sie nicht mehr so sein konnte, wie sie daheim gewesen war!

Endlich gab sie es auf.

Dann kam ihr ein Einfall, der ihr wieder Kraft gab. Das war doch nur der freiere Sinn und der weilere Blick, die sie jetzt die alte Gottesdemut nicht mehr finden ließen. Sie hatte doch — nichts Böses getan! Wollte nur das Beste, auch in Zukunft. Ja, sie sollten schon alle mit ihr zufrieden sein! Sollten schon sehen, daß es ihr nicht an Lichtheit fehlte! Wohllich befiel sie ein freudiges Verlangen nach dem morgigen Arbeitstag, nach jedem Tag, der kommen sollte. Sie — sie wollte sie schon nützen!

Das Glück aber, welches in ihrem Verhältnis zu Heinrich Hirzel lag, wollte sie genießen, so lange sie es hatte! So etwas kam nie — wieder! So wollte sie es auskosten, sich eine Erinnerung schaffen, an der sie das ganze Leben hindurch zehren konnte! Und wenn es außerordentlich war und selbst unrecht nach dem Sinn mancher Leute, gut, so wollte sie auch die Verantwortung tragen! Wer wußte davon? Niemand als sie selbst, und sie wollte

es schon in ihrem Innern verschließen als etwas, was nicht vor die Augen der Welt gehörte!

Gedrückt und frei begann sie sich auszuschleiden. Und als sie sich niederlegte, kamen die Erinnerungen wieder: So war das gewesen. Und so das! Wie schön, wie — schön!

III.

Salome Zeller stand am Pult in der Geschäftsstube ihres Prinzipals. Es war längst Ueberzeit. Die beiden Schreiber, die mit ihr sonst die Stube teilten, hatten sie verlassen. Sie arbeitete aber noch emsig weiter, und als sie den Stempel des Advokaten unter ein langes Schriftstück setzte, trat dieser aus einem Nebengemach bei ihr ein. Er war ein stiller Mann, der wenig Reden machte und noch nie anders als im geschäftlichen Ton mit ihr gesprochen hatte. Im Neuhäuser hatte er etwas Ehrwürdiges, ging in kadelosem schwarzen Anzug, hatte graues lockiges Haar und zwei graue Bartstriche an den Schläfen, während das übrige Gesicht geschnittene Gesicht glatt rasiert war.

„Noch immer hier?“ fragte er, als er auf sie zukam, und ohne eine Miene zu verziehen. Sie überhörte das in der Bemerkung liegende Lob, griff einen Haufen Schriftstücke, die vor ihr auf dem Pult lagen, auf und legte sie ihm, Stück für Stück, vor. Zumeilen fügte sie in ihrem etwas mangelhaftem Englisch eine knappe Erklärung dazu.

Der andere nahm die Arbeit gefassen entgegen. „Gut,“ sagte er, „sehr gut. Sie lassen die Sache richtig an.“

Er lehnte sich ans Pult und sah auf sie nieder, die neben seiner langen, hageren, bleichen Erscheinung doppelt klein, fest und braun ausah. Vielleicht zum Zeichen, daß er jetzt etwas außer dem Geschäftlichen liegendes tue, begann er Französisch mit ihr zu sprechen, ein köstliches, gebrochenes Französisch, wobei er aber dennoch nichts von seiner Geschäftsmannüberlegenheit einbüßte. „Ich habe erfahren, daß sie sich um einen Bankposten daheim in Ihrer Stadt für später zu bemühen gedenken. Sie werden bestimmt eine solche Anstellung finden. Ich bezweifle nicht. Ich werde Gelegenheit nehmen, Sie zu empfehlen. Knapp, herzlich, scharf, fleißig! Sie wissen, was Sie wollen, Miß Zeller!“

Als ob er damit eine Aufgabe erledigt, grüßte er mit einem kleinen Kopfnicken und ging in seiner ganzen streifen Tadellosigkeit wieder aus dem Zimmer.

Salome nahm ihre Sachen zusammen und machte sich auf den Heimweg. Das Zeugnis, das sie eben bekommen, tat ihr in all seiner Klarheit dennoch wohl. Sie mußte auch, daß sie es verdiente. Sie fürchtete, wie ihre Muskeln sich spannten, als ob sie überpöhlte Kräfte zur Erreichung ihres Zieles brauchte. Dann fuhr ihr ein Gedanke durch die Seele, wie ein heißer Wind durch eine kalte Landstraße zieht. Heinrich Hirzel! Am Sonnabend kam er wieder! Zum viertenmal nun! Jeden Sonnabend abend würde er kommen! So hatte er gesagt! Und sie war gewiß, daß er kam. So war kein Zweifel daran. So fest gehörten sie schon zusammen!

Salomes Herz klopfte härmlich. Wie reich war die Welt! Wie gutig und gut alle Menschen!

(Fortsetzung folgt.)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 29. August.

Gottesdienst.

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst, er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst, er bringt Verharmung, Hunger, Schmach und Tod. Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.

U. H. Land.

Steuerabzug vom Arbeitslohn. Das Finanzamt schreibt uns: Nach der Abrechnungsverordnung vom 31. März 1923, die inzwischen geändert worden ist, sind die im Wege des Steuerabzuges vom Arbeitslohn einzubehaltenden Beträge künftig auf die nächsten vollen tausend Mark nach unten abzurunden. Dies gilt ohne Rücksicht auf die Lohnzahlungsperiode (Tageslohn, Wochenlohn usw.) bei jeder künftigen Lohnzahlung.

Steuerabzug vom Arbeitslohn. Das Finanzamt veröffentlicht heute eine Bekanntmachung betreffend Erhöhung der Abzüge für die Einkommensteuer vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. September ab, auf welche wir besonders hinweisen.

Flußbadeanstalten Krähnfeld und Falkendamm. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse und die fortschreitende Marktentwertung haben die Verwaltung der Anstalten veranlaßt, den Betrieb der beiden Badeanstalten stark einzuschränken. Die Anstalten sind vom 1. September ds. Js. ab bis zur Beendigung der Badezeit nur noch von nachmittags 4 Uhr an bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. Die Badeaufsicht wird von künftigen Mitgliedern des Freien Wasserportvereins und des 1. Lübecker Schwimmvereins von 1896 ausgeübt. Obgleich der Schritt zu dieser Veranlassung ein schwerer gewesen ist, gibt die Verwaltung sich der Hoffnung hin, daß die badende Bevölkerung Lübecks sich hiermit einverstanden erklären und die Verwaltung bei ihrer weiteren Tätigkeit fernerhin unterstützen wird.

Für Kriegsschadigte und deren Hinterbliebene. Nach dem neuen Versorgungsgesetz brauchen Kriegsschadigte und Hinterbliebene bei der Abhebung ihrer Bezüge bei der Post keine Quittung mehr vorzulegen. Der Empfänger quittiert in Zukunft nur noch auf der durch die Post überbrachten Zahlungsanweisung. Die Zahlung erfolgt nach wie vor am 29. des laufenden Monats für den kommenden Monat, jedoch mit dem Unterschied, daß nicht mehr während des ganzen Monats gezahlt wird, sondern nur noch bis einschließlich den 8. des neuen Monats. Am 9. oder 10. findet eine Aufstellung der Beträge statt, die nicht abgehoben worden sind. Dafür ist aber eine Abtragungsgebühr in der Höhe des jeweiligen Portos einer Ortspostkarte — gegenwärtig 4000 Mk. — zu zahlen. Es ist zu empfehlen, die Bezüge rechtzeitig abzuheben, damit die in Betracht kommenden in den vollen Genuß des Geldes kommen.

Paketgebühren in bar. Ab 24. d. M., dem Tage des Inkrafttretens der neuen Postgebührenordnung, werden die Freigegebühren für die Pakete, auch nach dem Auslande, im allgemeinen nicht mehr durch Freimarken auf den Paketarten, sondern bar zur Postkasse verrechnet. Die Verrechnung durch Freimarken wird nur noch bei kleinen Postanstalten beibehalten, für die sich die Barverrechnung aus besonderen Gründen nicht eignet. Auch die Firmen usw., denen die erweiterte Vorbereitung ihrer Pakete zur Einlieferung bei der Post zugestanden ist, haben die Gebühren, soweit sie diese bisher in Freimarken verrechneten, künftig bar zu zahlen. Die Gebührenentrichtung durch Ueberweisung oder Scheck bleibt solchen Firmen auch weiterhin gestattet.

Lebensmittelversorgung des besetzten Gebietes. Das Nachrichtenamt schreibt: Die Lebensmittelversorgung des besetzten Gebietes ist zu einem erheblichen Teile vom unbesetzten Demarkland abhängig. Hierauf muß Rücksicht genommen werden, wenn man nicht die Lasten, welche die Bevölkerung des besetzten Gebietes schon zu tragen hat, durch Verschwendung der Lebensmittelversorgung noch steigern will. Früher war die Meinung maßgebend, die in das besetzte Gebiet gebrachten Waren würden in das Auslande verschoben (was zum Teil auch geschehen ist. Red.), jetzt wirkt vielfach die Sorge mit, die Waren könnten im besetzten Gebiet von den Besatzungsmächten beschlagnahmt werden. Es scheint den Firmen vielfach nicht bekannt zu sein, daß ihnen ein materieller Schaden hierdurch nicht erwachsen kann. Es muß daher erwartet werden, daß der Handel im unbesetzten Gebiet dabei mitwirken wird, die Lebensmittelversorgung des besetzten Gebietes zu erleichtern.

Das „dächtige Zussaffen“ auf der Kanzelwache.

Wegen nächtlicher Raubstörung, Beamtenbeleidigung, Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung hatten sich der Ingenieur K. und der Kaufmann S. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Beide kamen in der Nacht vom 21. zum 22. 7. aus der GSP. Viele und gingen zum Stadtkaffee, weil K. dem Kaffeeführer noch eine persönliche Mitteilung machen wollte. Da das Kaffee schon geschlossen war, rüttelte K. an der Tür. Der hinzukommende Schöffe D. hieß die beiden in angeleglich barbarem Tone weiterzugehen. Ueber diese Zurechtweisung fühlte sich K. beleidigt und es kam auf dem Rohmarkt zwischen K. und dem Schöffe D. zu einer außerordentlichen Auseinandersetzung, in der K. dem Schöffe D. einen „Idiotentyp“ genannt haben soll. K. sollte hierauf mit der Wache; er lehnte dies ab und gab dem Schöffe D. sein Ausweispapier. Kurze Zeit darauf erschienen K. und S. auf der Kanzelwache um das Ausweispapier wieder abzuholen. Hier geriet K. nach seinen Angaben mit den Polizeibeamten in Wortwechsel, in dessen Verlauf er vom Schöffe D. eine Ohrfeige bekam, später von anderen Beamten mit Fußtritten bedacht und dann in eine Zelle geworfen wurde. Er habe dann von innen gegen die Zellentür geklopft und um Papier und Bleistift gebeten, damit er eine Frau benachrichtigen könne. Statt dessen wurde er von vier bis sechs Polizeibeamten fürchtbar verprügelt. Einer hätte ihn mit dem Säbel dreimal über den Arm, ein anderer mit einem Hantelnüttel über Schulter und Arm geschlagen. Dann wurde er wieder in die Zelle gesteckt. Inzwischen habe er, wie er angibt, mit einem Fußtritt aus der Wache befreit. K. schlug nun die Fensterläden in seiner Zelle entzwei, um dem draußen stehenden S. mitteilen zu können, daß er seine Frau benachrichtigen möge. Hierauf wurde er wieder von den Beamten gefaßt und gefesselt auf dem „Gummibogen“ nach dem Markstallgefängnis geschafft. Hier angekommen, habe er abermals gebeten, seine Frau benachrichtigen zu können. Statt dessen habe man ihm ins Kreuz geschrien und ihn Schwein, Mistvieh usw. geheißen. Die Gefängnisbeamten sind sehr entgegenkommend gewesen. Auf dem Wege zum Markstallgefängnis habe S., der bis dahin sehr ruhig gewesen, sich ebenfalls der Beamtenbeleidigung schuldig gemacht und mußte auch gleich in den Markstall bleiben. K. ist im Kriege Fliegeroffizier gewesen, 16mal abgestürzt und zweimal abgehoben und hat hierbei eine Wirbelsäulen- und Schädelverletzung davongetragen, infolge dessen er sehr erzebar ist. Auch S. war ehemals Offizier und ist Kriegsgefangener in Ostpreußen gewesen. Beide sind Kriegsschadigte. Bevor in die Vernehmung der Schöffe D. als Zeuge eintritt, stellt der Verteidiger Dr. Benda den Antrag, diese Zeugen nicht zu verurteilen, da sie selbst in dieser Sache

durch ihre Mißhandlungen strafbar gemacht hätten. Dieser Antrag wird nach kurzer Beratung seitens des Gerichts abgelehnt. Es werden nun die Zeugen, Schöffe D., K. und S. vernommen. Der Vorsitzende machte die Zeugen darauf aufmerksam, daß sie in dem Falle die Aussage verweigern können, in dem sie durch Aussagen oder Beantwortung einer Frage sich selber strafbar machen würden. Alle drei Zeugen stellten jegliche Mißhandlung unter Eid in Abrede. K. sei zweimal aufgefordert worden, das Wahre zu sagen und da er sich weigerte, wurde er von S. zweimal hinausgeschmissen. Er wäre wohl ein bißchen „dächtig“ angefaßt worden, aber von Mißhandlungen hat keiner etwas gesehen, geschweige diese ausgeübt. — Der kocherständige Zeuge Arzt Dr. M. hat K. unterhalb und verschiedene Verletzungen festgestellt u. a. an der Stirn, am rechten Unterarm, am linken Unterschenkel, am rechten Gefäß, die sehr wahrscheinlich durch Schlag mit einem stumpfen Gegenstand oder durch Fußtritte entstanden sind; ferner eine Schnittwunde am linken Handgelenk, die nicht durch das Einschlagen des Fensters entstanden ist, denn dann würden noch Nebenwunden durch Splinter vorhanden sein. Auf eine Zwischenfrage des Verteidigers gab der Sachverständige noch an, daß in Irrenanstalten Törichtige von zwei bis drei Wärtern überwacht würden, ohne daß es dabei zu Verletzungen käme. Durch K.'s Kriegsverletzungen und auf Grund seiner Beobachtungen hatte er es für sehr wohl möglich, daß die Bewußtlosmomente bei K. zeitweise ausgefallen wären und er für seine Handlungsweise nicht voll verantwortlich gemacht werden könne.

Rummel nahm der Anwalt das Wort. Er führte aus, daß die angeleglichen Mißhandlungen hier vollkommen ausbleiben. Es sei auch kein Nachweis erbracht, daß diese stattgefunden hätten. Die Schöffe wären keine Krankenwärter und könnten nicht jeden mit Glasschandschuh anfaßen. Aber selbst wenn der Beweis erbracht wäre, gehörten sie vor ein anderes Gericht. Hier hätten sich die beiden Beklagten K. und S. zu verantworten wegen Beleidigung, Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung. Die Verhandlung hätte diesen Beweis erbracht. In Anbetracht der krankhaften Erregung des K., und daß beide bisher unbestraft seien, beantrage er für K. und S. für ruhestörenden Lärm je 100 000 Mk., für die Beamtenebeleidigung je 5 000 000 Mk., außerdem für K. wegen Hausfriedensbruchs 5 000 000 Mk. und für Sachbeschädigung 1 000 000 Mk. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Benda bedauerte in seinem Plädoyer, daß der Anwalt die Mißhandlungen hier ganz ausgeschaltet haben möchte. Es wäre nicht gut möglich, daß die Verletzungen des Angeklagten K. durch starkes Einrücken entstanden wären. Die Aussagen der Zeugen ständen sich gegenseitig in starkem Widerspruch. Zweifellos hätte ein Experte stattgefunden und zweifellos wäre auf K. eingeschlagen, was eine Reihe von Verletzungen bewiesen. Wenn Törichtige von zwei bis drei Wärtern gehandigt, ohne daß dieser Törichtige verletzt würde, dann müßte man annehmen, daß dasselbe auch eine Wachtmeister voll Polizeibeamten gegenüber einem Passanten hätten vollbringen können. Aber die große Anzahl von Wunden bei K. und die eine am Gefäß bei S. sprechen das Gegenteil. Nur auf Grund dieses Ergebnisses hätte sich K. zum Hausfriedensbruch und zur Sachbeschädigung hinreichend lassen, für die er übrigens nach Aussagen des sachverständigen Zeugen Dr. M. kaum verantwortlich gemacht werden könne. Er bitte, S. und K. nur wegen Beamtenebeleidigung zu einer mittl. Geldstrafe zu verurteilen, in den anderen Punkten diese aber freizusprechen oder zu einer geringen Geldstrafe zu verurteilen.

Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende das Urteil: K. wird wegen ruhestörenden Lärms zu 200 000 Mk., wegen Beleidigung zu 5 000 000 Mk., wegen Hausfriedensbruchs zu 3 000 000 Mk., wegen Sachbeschädigung zu 3 000 000 Mk. Geldstrafe verurteilt; S. wegen ruhestörenden Lärms zu 200 000 Mk., wegen Beleidigung zu 5 000 000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Sp.

Wertbeständige Eisenbahntarife.

Die Reichseisenbahn wird am 1. September wertbeständige Personen-, Gepäc- und Expressgattartarife einführen, bei denen die Beförderungsgebühren in Grundpreisen festgelegt werden. Der eigentliche Preis wird durch Multiplikation mit einer noch bekannt zu gebenden Schlüsselzahl errechnet. Die Kilometrischen Grundpreise sind festgelegt für 1. Kl. auf 19,8 Pfg. (Mindestpreis 1,50 Mk.), 2. Kl. auf 9,9 Pfg. (0,80 Mk.), 3. Kl. auf 3,3 Pfg. (0,30 Mk.), 4. Kl. auf 2,2 Pfg. (0,20 Mk.). Der Grundpreis der Schnellzugtarifkategorie beträgt für 1. und 2. Kl. in Zone I 3 Mk., 1,50 Mk. und 0,50 Mk., in Zone II 6 Mk., 3 Mk. und 1 Mk., in Zone III beträgt der Grundpreis 9 Mk., 4,50 Mk. und 1,50 Mk. Die Gepäckfracht beträgt 0,85 Pfg. für 1 Kilogramm und 10 Kilogramm, als Mindestgebühr werden 60 Pfg. berechnet. Die Expressgattart entspricht wie bisher den um 60 Proz. erhöhten Gültigkeiten; Mindestfracht und Aufzahlung erfolgt wie im Güterverkehr. Auch alle übrigen im Personen- und Gepäcattart entfallenden sonstigen Gebühren werden auf Grundgebühren zurückgeführt, die mit der jeweiligen Schlüsselzahl vervielfacht werden. — Die Ueberleitung in der Nacht vom 31. zum 1. bedingt, daß am letzten Augusttage der Fahrkartenvorverkauf eingeschränkt und zum alten Preise auf jeden Fall nachts 12 Uhr beendet wird. Möglichst frühzeitige Lösung liegt deshalb im Interesse des Reisenden; die Möglichkeit zur früheren Lösung besteht auch, da alle Fahrkarten ab 29. August mit dem 31. August abgestempelt werden und so auch die schon am 29. und 30. entnommenen Karten noch bis zum 3. September gelten.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Korrespondenzblatt Nr. 34 ist sofort abzuholen.

Pioniere für Partei und Presse.

Am 21. August fand in Düsseldorf eine sehr stark besuchte Versammlung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt, in der benannt wurde, wie die Parteipresse vor dem Untergang zu retten sei. Die Aussprache zeugte von dem festen Willen unserer Düsseldorfer Genossen, der „Volks-Zeitung“ unter allen Umständen zu helfen. Ein Teilnehmer spendete schon während der Aussprache 1 Million Mark. Folgende Anträge wurden gegen zwei Stimmen angenommen: 1. Antrag Müller: Der Augustpreis wird auf 700 000 Mark festgesetzt. 2. Antrag Haber-Schreiner: Herausgabe von Sammelheften zur Erhaltung und Stärkung der „Volks-Zeitung“. 3. Der Antrag Grupp, daß in jedem Bezirk zwei Genossen der Zeitungsfrau beim Kassieren Hilfe zu leisten haben.

In Dessau fand am 13. August eine von rund 2000 Gewerkschaftsfunktionären besuchte Versammlung statt, die folgendes beschloß:

„Die heute, am 13. August, versammelten Gewerkschaftsfunktionäre ersuchen die Mitglieder, vier Wochen wöchentlich je 100 000 Mark zur Aufrechterhaltung des „Volksblatts“ an das Unternehmen zu zahlen. Sie fordern weiter die Gewerkschaften auf, dahin zu wirken, daß jedes Mitglied Abonnent des „Volksblattes“ wird, sofern das noch nicht der Fall sein sollte.“

Haus-Theater. Nur 3 Aufführungen Mittwoch, Donnerstag und Freitag, 8 Uhr, der klassische Schwan „Der Raub der Sabinerinnen“ von Franz und Paul von Schönthan.

Stadttheater. Im Donnerstag-Ab. wird die lustige Schürre von Roda-Roda und Ködler „Der Fildhernhügel“ wiederholt. Freitag: „Cavalleria rusticana“ und der „Bajazzo“. Für die Volksbühne am Sonnabend: „Kabale und Liebe“ von Fr. von Schiller. Am Sonntag ist statt „Kosenkavalier“, „Cavalleria und Bajazzo“.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Ein Dolchstoß-Legenden-Denkmal ist hier am Sonntag „entkült“ worden: der sterbende Siegfried mit dem „Dolchstoß“ im Rücken. Die reaktionären Wädel dieses Denkmals glaubten, die 78er auf diese Weise zu „ehren“. Die Arbeiterchaft parierte diesen Dolchstoß gegen die 78er, diesen Dolchstoß gegen das meißenburgische Volk, mit einer Gegendemonstration, die, 6000 Mann stark, impotent verlief. Die Denkmalsentküller hatten 3-4000 Mann auf die Beine gebracht. Der Kultusminister des republikanischen Freistaates gab sich dazu her, die Festrede zu halten, was die Arbeiterchaft mit dem Singen der Internationale parierte. Die Mannschaften der Sipo hielten sich gut. Gefährlich wurde die Situation erst durch das Erscheinen des Herzog von Mecklenburg, vorläufig noch Hauptmann der Crpo und Durchführer republikanischer Ministerwohnungen nach Waffen, sowie des Herrn Major Graf Blücher, des Kommandeurs des Crpo-Kommandos Schwerin. Die Demonstration verlief unblutig. — Die Telegraphen-Union, die die bürgerliche Presse mit zurechtgestutzten Nachrichten versorgt, weiß unter dem 28. noch aus Schwerin zu berichten: Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei und der Vorstand der sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten vorige Woche vom Ministerium gefordert, daß über Schwerin für den vergangenen Sonntag der Ausnahmezustand verhängt werde, um dadurch die Denkmalsweihe der 78er zu verhindern. Das Staatsministerium lehnte diese Forderung ab. Nunmehr wird von der Sozialdemokratischen Partei ein Parteitag einberufen werden, der über die fernere Haltung der Partei beschließen soll. Die Minister Stellung und Henneke haben inzwischen heute ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt.

Laage i. M. Grokfeuer auf dem Rittergute G. G. G. Vorige Woche entzündete auf dem Laage-Teiffner Schaulsee beiseitigen Rittergute G. G. G. Es griff mit so valender Schnelligkeit um sich, daß an ein Retten der Erntevorräte nicht mehr zu denken war, das Gebäude ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die gesamte Normach, etwa 200 Acker Heu, und die maschinellen Einrichtungen des Viehhofes sind ein Raub der Flammen geworden. Vieh ist glücklicherweise nicht mitverbrannt.

M. Hamburg. Zeitungsverbot. Die Polizeibehörde hat die „Hamburger Volkszeitung“ auf drei Tage verboten, weil sie in ihrer Nummer vom 27. August zur Vorbereitung von Gewalttaten aufgefordert hat.

Hamburg. Blutiges Ehedrama. Im Sonntag abend wurde die Ehefrau Opitz, Kampfstraße 55 wohnend, auf dem Hofe des Grundstücks von ihrem Ehemann durch Messerliche am Halse tödlich verletzt. Die Schwerverletzung war noch imstande, nach der Straße zu jählichen, wo sie jedoch zusammenbrach und gleich darauf verstarb. Der Ehemann, der noch am selben Abend verhaftet wurde, hat die Tat vermutlich in einem Anfall von Eifersucht begangen. — Gegen die Herausgabe von privatem Notgeld wird behördlicherseits vorgegangen. Da zahlreiche Klagen darüber einkamen, daß von privater Seite die Herausgabe von Notgeld vorgenommen wird, ohne daß der Gegenwert für die ausgegebenen Scheine sichergestellt wird, wird von der Behörde jetzt gegen alle privaten Herausgeber von Notgeldscheinen eingeschritten werden, die keine Erlaubnis des Reichsfinanzministeriums besitzen.

Hamburg. Den Bruder erschossen. Montag mittag ist ein zwölfjähriger Knabe aus der Kanfenstraße von seinem fünfzehnjährigen Bruder aus Unvorsichtigkeit erschossen worden. Der zwölfjährige traf seinen Bruder im Hausflur und der ältere zeigte ihm eine kleine Taschenpistole, die er am Sonnabend von einem Handelschüler für 500 000 Mk. gekauft hatte. Bei der Befichtigung löste sich ein Schuß aus der Pistole und das Geschloß drang dem Jüngeren in die Herzgegend. Der Arzt konnte nur noch den Tod des jungen Menschen feststellen.

Grünwohld. Zur Fahrnenweihe am Sonntag, dem 2. September erhalten wir, wie uns vom Oberpräsidenten auf telephonische Anfrage mitgeteilt wurde, nicht die Erlaubnis für die Festversammlung unter freiem Himmel und den Festzug. Unter diesen Umständen ist für uns das Fest hinfällig geworden. Wir bitten alle Freunde und Genossen, hiervon Notiz zu nehmen und mit uns bessere Zeiten abzuwarten zur Feier des Festes. J. M. Wiltz Paffen.

Reumünster. Einen recht ersten Charakter hat die Lohnbewegung der Textilarbeiter angenommen. Am Freitag morgen gegen 10 Uhr drangen Trupps junger unbemittelter Elemente in die Kontore und Privatwohnungen von fünf Textilindustriellen ein und haben die Besitzer teils unter Mißhandlungen nach dem Tinsal gebracht, um sie zu Verhandlungen über die geforderte Lohnherabsetzung zu veranlassen. Dieser Vorgang ist, wie die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung berichtet, ohne Wissen der Verbandsleitung geschehen. Vor und im Saal des Lwold waren Tausende von Menschen versammelt. Die Lage war sehr bedrohlich. Der Polizeiverwalter, der sofort erschien, nahm die fünf Fabrikanten, die auf der Bühne im Saal plaziert waren, unter seinen Schutz und versuchte, mit ihnen nach dem Rathaus zu gehen. Im Garten wurde ihm jedoch von etwa 2000 jungen Leuten und Frauen der Weg versperrt. Es wurde verlangt, sofort an Ort und Stelle über den Lohn zu verhandeln. Am Weiterungen zu vermeiden, erklärten sich die Unternehmer und der Bürgermeister bereit, sofort an Ort und Stelle zu verhandeln. Es kam die Vereinbarung zustande, daß den Fabrikanten vorgeschlagen werden sollte, 160 Prozent auf den Lohn der Vormoche zu zahlen. Maßregelungen sollten nicht stattfinden. Von der Verbandsleitung wurde das Ergebnis der Verhandlung den Versammelten bekanntgegeben und diese aufgefordert, am Freitag nachmittag resp. Sonnabend früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Für die Organisation war somit die Sache erledigt. Die Verbandsleitung verurteilt das Vorgehen einzelner Leute auf das Entschiedenste. Im Laufe des Sonnabends und auch Montag vormittag sollten nun Verhandlungen einzelner Arbeiter stattfinden, denen zur Last gelegt wird, daß sie sich Mißhandlungen gegen einen Unternehmer zuschulden kommen ließen. Zu diesem Zweck wurden die Arbeiter von Polizeibeamten aus den Betrieben geholt. Ohne sich mit der Verbandsleitung ins Einvernehmen zu setzen, legten deshalb einige Betriebe die Arbeit wieder nieder. Im Glycerium kam eine Versammlung zustande, in der von der Verbandsleitung empfohlen wurde, die Arbeit wieder aufzunehmen. Da s h n t e die Versammlung ab. Gefordert wurde, daß der Fabrikant G. Köster seinen Strafantrag gegen einzelne Arbeiter zurücknehmen solle. Die Massen zogen zum Rathaus, wo sie von der Polizei mit blanker Waffe zurückgetrieben wurden. Ob das not

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Noch ein Wort zum Schornsteinfeger.

Als vor einiger Zeit eine Tageszeitung auf die unvernünftige, nichtmässige Preissteigerung für das Schornsteinfegerhandwerk hinwies und sich für einmütiges Reinigen im Vierteljahr aussprach, nahm die Innung der Schornsteinfegermeister zu dieser Anregung Stellung. Die Meister glauben die Verantwortung für die Gefahr, die mit dem vierteljährlichen Reinigen verbunden sei, nicht übernehmen zu können. Ich frage die Innungsmeister: Werden jetzt alle Schornsteine vierteljährlich zweimal gekehrt? Diese Frage sollen mir die Herren mal klipp und klar beantworten. Ich will zur Illustration der Angelegenheit folgenden Fall aus meinem eigenen Hause anführen. Das Haus hat drei Schornsteine. Beobachtungen in letzter Zeit haben ergeben, daß nur ein Schornstein gekehrt wird. Beim letzten Male zufällig der Küchen-Schornstein, der garnicht gebraucht wird, da alle drei Bewohner Gastöcher benutzen. Der Rauchschieberschornstein, der wöchentlich ein paar mal gebraucht wird, wurde nicht gekehrt, aber bezahlet läßt der Meister sich doch jedenfalls für mehr wie einen Schornstein. Die Rechnung lautete auf 221 500 M. Von meiner Frau zur Rede gestellt, warum der Rauchschieberschornstein, als einziger der im Sommer gebraucht würde, nicht gekehrt sei, äußerte der Schornsteinfegermeister ganz kurz: Das teile er sich ein, das nächste Mal käme der daran. Also warum genügt denn hier vierteljährliches Kehren? Ein Hausbesitzer.

Zu demselben Thema schreibt uns der Vorstand des Lübecker gemeinnützigen Bauvereins: Unser Polizeiamt hat mit der Schornsteinfeger-Innung wiederum eine Rehrlohnordnung vereinbart, die jedenfalls einzig dastehen wird. Im § 11 heißt es: Falls die Rehrgebühren nach Zustellung der Rechnung erst entrichtet werden, nachdem bereits wieder eine neue Rehrlohnrate in Kraft getreten ist, sind die Bezirks-Schornsteinfegermeister berechtigt, die Höhe dieser neuen Rate zu fordern. Das Polizeiamt und die Schornsteinfeger scheinen zu glauben, alle Leute haben eine Lizenz auf den Druck von Papiergeld. Das halbe Quartal vom 15. August bis Ende September kostet dem Bauverein für Schornsteinfeger circa 30 Millionen Mark. Und wenn das Geld nicht prompt da liegt, dann gilt die neue Rate! Hoffentlich klappt das Polizeiamt, das solche Bestimmungen aufhebt, uns die nötigen Millionen vor, bis wir sie von unseren Mitgliedern eingezogen haben. Natürlich wird auch nicht jeder Hauswirt die Hunderttausende parat haben. Da wir schließlich mit einer neuen Rehrordnung beglückt werden können, ist der § 11 nur geeignet, Streitigkeiten hervorzurufen und sollte aus der Polizeiverordnung verschwinden.

Alter Blunder.

An dem Hause Gledengierstraße 14 prangt noch stolz über dem Hauseingang ein Konjunkturschild, welches die Aufschrift: „Herzoglich Sachsen-Rothburg-Gothaisches Konjunkt“ enthält. Ich glaube, es gibt gar kein Herzogtum dieses Namens mehr, es ist wohl in dem Freistaat Thüringen aufgegangen. Was soll jetzt noch die Bezeichnung „Herzoglich“? L.

Quittung.

Für den Kampffonds gingen ein: G. Freitag 100 000. N. N. 61 974. R. B. 10 000. Wandschneider 2000. Arbeiter Gohmann & Jürgens 300 000. Arbeiter W. Beth 430 000. Durch G. Meyer, Schönböden 1 327 500. Belegbüchse der Bootswerft Schlichting, Travemünde 55 800. Dr. W. 1 000 000. Angestellte des Konsumvereins 1 392 000. Durch Köllermann 115 000. Durch Seemann 200 000. M. G. 100 000. S. St. 3 000 000. B. L. 5 000 000. Durch Steinberg 150 000. Technisches Personal des Stadttheaters 1 004 530. Büßtom 100 000. Frau Tobis 100 000. R. 20 000. Frau P. 20 000. L. B. 5000. St. 3000 000. M. G. 100 000. Ortsgruppe Kronsborde 1 000 000. F. L. 50 000. A. T. 100 000. U. G. 100 000. D. Höpfer 300 000. Das Parteisekretariat.

Schöne Geelen.

Zum Hafentanz sprach der Sowjetkern: Wir haben uns beide bisher gemieden, Dabei sind wir im tiefsten Misverstehen. Doch eigentlich gar nicht so sehr verschieden. Mein Licht beginnt erst recht zu funkeln, Wenn sich die Hirne der Menschen verdunkeln. Und auch du gediehst in der Dunkelheit. Du prangst inmitten unsäugiger Wörter An den Wänden der schummrigen, stillen Dörfer. Die eigentlich andern Zwecken gemeist. Wir führen die Menschen zu Putz und Empörung, Wir sind die Symbole für Krieg und Zerstörung, Es ist uns beiden der Haß gemeinsam Gegen Frieden und Demokratie. Mit Zähnen und Klauen bekämpfen wir sie — Aber warum kämpfen wir immer noch einjam? Was wollen wir jeder für sich stoppeln? Ich seh' es seit langem mit tiefem Schmerz. — Ein Bündnis wird unsere Kraft verdoppeln: Drum reich' mir die Wote, Bruderherz!

Das Hiltentanz dehnte sich gleich einem Kraken Und schlug begeistert mit allen vier Haken In die dargebotenen Zaden ein: „Ja, laß uns beide Brüder sein! Sie Radetzie! Weltrevolution! Heil Dubenborff! Heil Sobelohn! Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen! So können wir schon in kurzer Frist Die Republik zu Grabe tragen! Dann werden wir beide emporgelift, Und siegestrich blühen sich nah und fern Das Hafentanz und der Sowjetkern! —

Was nachher geschieht, darüber mein' ich, Werden wir schließlich auch noch einig!

So wurde der edle Bund geschlossen. Seitdem sind beide Kampfgemeinen. Zum Schutzheilgen aber, wie man erzählt, Haben sie Schlageter gewählt. Peter Michel.

wendig war, vermögen wir für den Augenblick nicht zu entscheiden. Infolge dieser Vorkommnisse ist von auswärts eine Verstärkung der Polizeigewalt herbeigeholt worden. Die weitere Entwicklung des Konflikts muß nun abgewartet werden. Die Vorgänge sind natürlich zum größten Teil der Ausfluß der wirtschaftlichen Not und der Halsstarrigkeit der Unternehmer. Immerhin ist es notwendig, gewerkschaftliche Disziplin zu bewahren, den Direktiven der Organisationsleitung Folge zu leisten und sich nicht zu unbesonnenen Handlungen hinreichend zu lassen. Heute vormittag fand im Livoli eine Verammlung der Textilarbeiter statt. Nach dreistündiger Debatte wurde beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Sicherheitspolizei von Neumünster entfernt ist und die verhafteten Arbeitskollegen wieder freigelassen sind.

Rappeln. Eine exemplarische Strafe verhängte die 1. Strafkammer des Landgerichts gegen die Fischer aus dem benachbarten Schleifledern Atris wegen verbotener lebenswichtiger Gegenstände, nämlich Fische. Sie wurden je zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 1 Jahr und 1 Monat, hohen Geldstrafen, an deren Stelle im Falle der Unaufbringlichkeit weitere 8 Monate Zuchthaus treten, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren, Stellung unter Polizeiaufsicht für die gleiche Zeit und Einziehung der erzielten Gewinne verurteilt.

Hajum. Einen juchbaren Tod erlitt die 17jährige Tochter des Bahnhofsportiers Kint in Mildstedt. Beim Anzünden des Feuers unter dem Wajchessel hat sie wahrscheinlich Benzin verwandert, denn plötzlich kam sie, über und über in Flammen gehüllt, aus der Wajchische geflürt. Mit schweren Brandwunden an fast allen Körperteilen hat die Unglückliche noch bis Freitag gelebt, ärztliche Hilfe war nicht mehr möglich, es konnte ihr nur noch durch Einspritzungen ein wenig Linderung verschafft werden.

Gewerkschaften.

Die Massenfindung im mitteldeutschen Buchdruckgewerbe zurückgezogen. Die mitteldeutschen Buchdrucker und Zeitungsverleger, die auf Grund des Schiedsspruches über die Buchdruckerlöhne für die Zeit vom 18. bis 24. August ihrem Personal mit der Begründung kündigten, daß es unmöglich sei, die Löhne ohne weiteres zu zahlen mit Rücksicht auf die katastrophale Auswirkung des Beschlusses bei seiner Verwirklichung, hat der Regierungspräsident von Magdeburg die Parteien zu Einigungsverhandlungen geladen. Es gelang zunächst für den Bezirk der Stadt Magdeburg folgende Vereinbarung zu treffen: Für die Lohnwoche vom 18. bis 24. August werden einschließlich etwa geleisteter Vorauszahlungen zwei Drittel des Tariflohnes am 24. August gezahlt; das letzte Drittel des für diese Woche gültigen Lohnes am 28. August. In gleicher Weise soll die Lohnzahlung für die Woche vom 25. bis 31. August, für die die Löhne zentral vereinbart sind, erfolgen, und zwar zwei Drittel des Tariflohnes am 31. August und das letzte Drittel am 4. September. Die Gesamtkündigung wird zurückgezogen. Es ist anzunehmen, daß auch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in den übrigen Bezirken der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt sich dieser Vereinbarung anschließen und die Massenkündigungen allgemein rückgängig gemacht werden.

Nutzung der Freizeit der Arbeiter. Das Internationale Arbeitssamt hat an die Regierungen der 55 Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation ein Fragenheft betreffend die Einrichtungen zur Nutzung der Freizeit der Arbeiter gekandt. Diese Frage wird auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1924 zu Gend stehen. Der Gegenstand wird als in Verbindung mit dem größeren Problem der Arbeitszeit stehend behandelt werden. Das Washingtoner Übereinkommen betreffend den Achtstundentag enisprang dem Wunsch, den Arbeitern Freizeit in hinreichendem Maße zu sichern. Das Fragenheft weist darauf hin, daß nicht beabsichtigt wird, den Arbeitern eine bestimmte Art der Nutzung ihrer Freizeit vorzuschreiben. Ein von der Konferenz etwa angenommener Vorschlag würde nicht als moralische Anleitung noch als Versuch aufzufassen sein, dem Arbeiter maßgebende Ratichläge zu geben, sondern er wird einfach gewisse Lösungen der Frage der Nutzung der Freizeit streng als soziales Problem betrachten, empfehlen. Einige Seiten dieses Problems wurden im Internationalen Arbeitssamt bereits publiziert, wie etwa der Umfang des Gebrauchs, nach Beendigung der normalen Arbeitszeit in einem Betrieb noch Arbeit in einem anderen Betrieb zu leisten, den Tarifverträge in Dentschland und Italien zu verhindern suchen. In Dentschland wurde auch ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt. In dem Fragenheft wird unter anderem die Möglichkeit der Verbesserung der Werkzeuge und der Arbeitsbedingungen erörtert, womit erreicht werden soll, daß den Arbeitern durch den Weg von und zur Arbeit weniger Zeit verloren geht. Ferner wird auch die Frage billiger und gesunder Wohnungen, der Arbeitszeiteinteilung usw. behandelt. Eine Gesetzgebung über die Nutzung der Freizeit besteht in keinem Staat, aber von öffentlichen Körperschaften und privaten Vereinigungen wurde manches getan, um die sinnvolle Nutzung der Freizeit der Arbeiter anzuregen. Dazu gehört die Begründung von Heimgärten, die Ausbildung von Sport und Körperkultur, wie nicht minder die geistige Ausbildung der Arbeiter mit Hilfe von Bibliotheken, Unterrichtskursen, die Bekämpfung mit Kunst und anderen nützlichen Dingen.

Genossenschaften.

Berühmungsweise englischer Genossenschaft. Die europäische Krise, die auf dem britischen Genossenschaftstag in Edinburgh eine eingehende Besprechung erfahren hat, verdient, daß Ausführungen einzelner Redner festgehalten werden. Sir Thomas Allen sagte nach einem Bericht im internationalen Genossenschafts-Bulletin folgendes: Es sei entsehlend, zu denken, daß, obwohl Europa infolge des letzten Krieges noch aus tausend Wunden blute, daß doch schon wieder in aller Stille etwas vorbereitet, was, wenn nicht im rechten Augenblick noch die nötige Unterstützung käme, Europa in einen Stand setzen würde, der das Ende der Zivilisation bedeuten müßte. Die Genossenschaften müßten den demokratischen Einfluß des Volkes zu stärken, das gehört werden müße, bevor die Welt abermals in einen Krieg verwickelt werde. — Mehrfache Ausführungen wurden auch von anderen Rednern gemacht. Die Studienkommission, bestehend aus

den Gen. W. S. Watkins, S. J. Perry und A. Barnes, die dazu eingeseht war, in Belgien Frankreich und Deutschland (Ruhrgebiet) an Ort und Stelle die Meinung der Genossenschaft über die militärische Besetzung zu klären und die Wirkungen der Besetzung zu studieren, erstattete einen eingehenden Bericht und empfahl dem Genossenschaftstag die Annahme folgender Resolution: „Der Kongreß britischer Genossenschaftler stellt fest, daß ihm die Besetzung von Teilen Deutschlands durch bewaffnete Truppen durchaus nicht gleichgültig ist und ercht Einspruch gegen die Fortdauer dieses Zustandes. Er ist davon überzeugt, daß die von Deutschland geforderten Reparationen dadurch nur hinausgezögert werden und daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit desto kleiner wird, je länger die Besetzung dauert. Der Kongreß empfiehlt, die Fragen der Schulden, der Reparationen und alle anderen zwischen den einzelnen interessierten Ländern schwebenden Angelegenheiten einer internationalen Kommission, die voll und ganz den Völkern vertritt, zu unterbreiten, da dies der einzige Weg für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung des Friedens ist. Der Kongreß ist der Meinung, daß die Politik der Unruhestiftung, die die britische Regierung bisher verfolgt hat, die internationalen Schwierigkeiten nur verlängert und steigert und fordert daher die britische Genossenschaftsbewegung auf, zusammen mit den Genossenschaftsbewegungen in den zahlreichen Ländern ihren gesamten Einfluß dahin auszubieten, daß ein Übereinkommen nach dem Wunsch der internationalen Organisationen der Arbeiter und Verbraucher zustande kommt.“ — Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie beweist, daß die Genossenschaftler, die nach Millionen zählen, den demokratischen Einfluß der Völker zu stärken wünschen und sich die Hände zu gemeinsamer Arbeit über die Grenzpfähle und über die Köpfe einiger verbohrtter Staatsmänner zur Versöhnung reichen wollen. Möge die Zeit nicht mehr allzu fern sein!

Sport.

Unerwartet wurde uns gestern Abend ein Spiel durch den Reisebegleiter einer Thüringer Mannschaft zu teil, welche sich auf einer Tourneereise in unierer Gegend befindet. Wir haben es nicht unterlassen, dieses Spiel für uns zum Abschluß zu bringen und findet dasselbe am Freitag, den 31. August, abends 6 1/2 Uhr auf dem Kaiserrenthofe statt, darum Sportinteressenten auf zum Spiel: Glasblütte-Geno I (Bezirksmeister von Thüringen) gegen F.C.B. Lübeck. (5879)

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

„Die Lage der Arbeiterschaft in Deutschland.“ Herausgegeben und verlegt vom Internationalen Gewerkschaftsbund (Stk Amsterdam). Alleinvertrieb für Deutschland: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO. 16. Grundpreis 1.35 Schlüsselsatz des Buchhandels. — Die 133 Seiten starke Schrift entseht die Erhebungen über die Lage der deutschen Arbeiterschaft, welche der Internationale Gewerkschaftsbund im Auftrage einer gemeinsamen mit den beiden damals noch getrennten sozialistischen Internationalen gebildeten Kommission vorgenommen hat. In gedrängter Form wird hier ein Bild von der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterschaft gegeben, dessen Anschaulichkeit durch die Beifügung von Diagrammen nicht unwesentlich erhöht wird. Besonderer Wert wird der Schrift dadurch verliehen, daß sie die Entwicklung in Deutschland in Vergleich mit der Entwicklung in anderen Ländern rückt und dadurch die Entwicklungsrichtung in Deutschland klar herausstelt. Die Schrift ist sowohl für den deutschen als auch den nichtdeutschen Arbeiter von hohem Kampfwert. Während sie diesen in den Stand setzt, seine Benachteiligung gegenüber seinen Arbeitsbrüdern im Ausland zu erkennen, enthält sie jenen eine erschreckende Veranschaulichung der wichtigsten Teile seiner Berufsstufe. Die Gefahr für die Lage der internationalen Arbeiterschaft kann beim Lesen des Buches unmöglich übersehen werden.

Das Heilagsion, Die Einde. Franz Schneider Verlag, Berlin, Leipzig, Wien und Bern. Grundpreis 4 M. Ein Buch, so originell, so ohne Gegenstück in der Literatur, das es annimmt, wie ein Stück aus einem neuentdeckten Erdteil. Ein Hund mit seinen Hundern in den Bergen, auf der Prarie, Sonne, Nebel, Einlamkeit, Tiergeräusche, nichts mehr. Und doch ein Buch so spannend, so lochend bis zum letzten Wort, daß man sich rettungslos darin verliert. Wer eine Zeilung wieder Mensch und Urgefühle werden will, muß dieses herrliche Buch in sich trinken. Es ist so edel wie die Natur, die kein Menschliches verfallt und ebenso einfach wie sie. Dem Buche hat Eric Richter eine Reihe feiner Federzeichnungen beigezeichnet. Es bedeutet eine wertvolle Bereicherung der „Reisebücher aus allen Zonen“, die der rührige Verlag kurzit und noch ihrer widrigen Umstände herausbringt.

Allerlei Wissenwertes.

Warum haben Frauen keinen Humor? Diese Frage stellte Jordan Street in einem Londoner Blatt und er suchte sie dadurch zu beantworten, indem er von der auffälligen Tatsache ausgeht, daß es unter den großen Humoristen der Weltliteratur keinen weiblichen gibt. Er führt auch die Aeußerung der Herausgeberin einer Frauenzeitschrift an, die ihm aus langjähriger Erfahrung mitteilte: „Ich bringe niemals eine humoristische Geschichte oder einen lustigen Ansetz. Frauen lieben Humor nicht.“ Sie würdigen ihn nicht oder sie verstehen ihn nicht. Sie wollen nichts Lustlich nehmen, sondern alles ernst. Sie sind am glücklichsten, wenn sie meinen, daß sie unglücklich sind. Sie werden viel lieber in ein Stück gehen, in dem sie aus dem Meinen nicht herauskommen, als daß sie bei einem Lustspiel aus Leibesträften lachen.“ Rag man nun diese Aeußerungen für übertrieben halten, so stellt doch das hier fest, daß die Frauen nicht einen so ausgesprochenen Sinn für Humor haben wie die Männer. Ein Amerikaner fragte einmal die berühmte Schauspielerin Frau Patrick Campbell: „Wissen Sie, warum die Frauen keinen Sinn für Humor haben?“ und er erhielt die schlagende Antwort: „Damit wir die Männer lieben können, auaant nur über sie zu lachen.“

Warum wäscht die Hausfrau mit Feurio?

Wäsche ist heute unerforschbar. Das Beste ist heute für sie gerade gut genug. Feurio Haushaltsseife mit 80% Fett ist die beste Haushaltsseife der Gegenwart, schont Wäsche und Haut und ist langsam im Gebrauch.

Bereinigende Seifenfabriken Stuttgart A. G.

